

# Volksstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlich: Max Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindner, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Hennrich & Co., Magdeburg, Grabe, Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 982. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung 4.75 RM, monatlich 1.25 RM. Bei den Buchhändlern 4.75 RM, monatlich 1.25 RM. Einzelhefte 20 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Tarifskala des „Vf.“ im Reichsteil Seite 2, 00 RM. Reichsteilnehmer Seite 30 Pf. Anzeigen-Abzug geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postdirection: Nr. 3750 Berlin.

Nr. 7.

Magdeburg, Freitag den 9. Januar 1920.

31. Jahrgang.

## Terror oder Volkswille?

In den Tagen vom 5. bis zum 11. Januar führt sich zum erstenmal die Erinnerung an den Spartakusaufstand in Berlin. Die Unabhängigen waren soeben aus der Regierung ausgetreten, nur der Berliner Polizeipräsident Eichhorn dachte nicht daran, sein Amt aufzugeben, sondern fuhr fort, die Kräfte zum gewaltsamen Widerstand gegen die Regierung und zu ihrem Sturze zu organisieren. Die Regierung sprach seine Entlassung aus und ernannte an seiner Stelle Eugen Ernst, er aber machte keine Miene, dem Befehl der Regierung Folge zu leisten, sondern fuhr fort, das Polizeipräsidium als einen strategischen Stützpunkt für den linksradikalen Gewaltkampf auszubauen. Seine Anhänger, die sich aus einem Teile der Kommunisten und der Unabhängigen zusammensetzten, nahmen seine Abhebung als ein Signal, um zum bewaffneten Aufstand

zu schreiten. Das Zeitungsviertel wurde überrumpelt, die Pressefreiheit unterdrückt und ein Sturm auf die Reichskasse verübt, der eigentlich nur durch die unbewaffneten Leiber der herbeigeströmten sozialdemokratischen Arbeiter aufgehalten wurde. Im Marstallgebäude wurde eine neue Regierung gebildet, bestehend aus Karl Liebknecht, Ledebour und dem Vorsitzenden der „revolutionären Obleute“ Paul Scholz, die die bestehende sozialdemokratische Regierung für abgelöst erklärte und an das Kriegsministerium die Aufforderung richtete, es möge sich ihr unterstellen. Die der Regierung zur Verfügung stehende bewaffnete Macht in Berlin war in jenem Augenblick außerordentlich gering, eine Woche lang dauerten die Kämpfe, bis die von auswärts herbeigeeilten Truppen dem Aufstand ein Ende bereiteten. Leider erwies sich auch hier die geschichtliche Wahrheit, daß dem roten Terror der weiße folgt:

Liebknecht und Rosa Luxemburg fielen als Gefangene ihm zum Opfer.

Wie war es möglich geworden, daß es so weit kam, und welche Bedeutung hat der Januarkampf in der Geschichte der deutschen Revolution? Der opfervolle Kampf ließ sich darum nicht vermeiden, weil die äußerste Linke ihn planmäßig herbeiführte und weil sie dabei nicht von vornherein auf den nötigen entschlossenen Widerstand stieß. Nicht nur die Unabhängigen, auch die Sozialdemokraten in der Regierung vertraten zunächst den Standpunkt, daß die Regierungstruppen um keinen Preis schießen dürften. Die Sozialdemokraten änderten diesen Standpunkt erst dann, als ihnen am Tage vor Weihnachten gemeldet wurde, Genosse Weis sei im Marstall gefangen und sein Leben sei wahrscheinlich verloren. Jetzt entschlossen sie sich erst, zu schärferen Maßnahmen zu schreiten, die ihnen von dem damaligen Sekretär Walter Dethme, dem jetzigen unabhängigen „Entwickler“, durch einen besonders gut aufgemachten Bericht, dessen er sich später zu seinen Kollegen rühmte, nahegelegt wurden.

Bis dahin war es anders gewesen. Die Regierungssoldaten hatten strengsten Auftrag,

nicht zu schießen, und standen daher einer fanatischen Angriffslust mit gebundenen Händen gegenüber. Auf diese Weise war die Macht der Regierung immer mehr zerronnen, bis der Überwieg der äußersten Linken ihren Wiederaufbau und ihre nachdrückliche Anwendung mit allen Mitteln erzwingen.

Es liegt nahe, sich zu fragen, was geworden wäre, wenn der Sturm auf die Reichskasse von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Wäre dies etwa ein Sieg der Revolution gewesen? Die vernünftigeren Kommunisten und Unabhängigen selbst bestreiten das, sie erklären heute den Januar-Aufstand für eine unreife Bewegung und einen bloßen Putsch. Die äußerste Linke war, wie sich erst später herausstellte, schon damals innerlich gespalten, die Zentrale des Spartakusbundes und die Rechte der Unabhängigen versuchten zu bremsen, aber die blinde Leidenschaft Ledebours, Liebknechts und anderer

siegte über die gesunde Vernunft.

Später fanden sich die verschiedenen Richtungen der Linken wieder zusammen, daß sie der Regierung und der Sozialdemokratischen Partei die heftigsten Vorwürfe machten, weil sie es nicht unterlassen hatten, dem von den vernünftigen Elementen der Linken selbst bekämpften putschistischen Wahnsinn mit allen erreichbaren Mitteln entgegenzutreten. In dieser Haltung der Linken steckt ein ge-

waltiges Stück politischer Unehrllichkeit, denn wenn man einseht, daß der Januar-Aufstand zu nichts Gutem, dem Volke Nützlichem führen konnte, so muß man auch die Pflicht der Regierung anerkennen, den aus ihm drohenden Schaden vom Volk abzuwenden. Welcher Schaden daraus hätte entstehen können, wenn es der Gewalt Herrschaft gelungen

wäre, sich in Berlin zu befestigen und vorübergehend auf das ganze Reich auszudehnen, kann keine Phantasie ausmalen. Denn hinter Ledebour und seinen Gefährten stand in Wirklichkeit nichts als ein paar tausend bewaffneter, zum Teil zweifelhafter Elemente; die Masse des deutschen Volkes stand aber mit verschwindenden Ausnahmen gegen sie.

Mittlerweile ist es gelungen, das Verfassungswerk zu beenden, das jede Aenderung der Verfassung dem freien Willen des Volkes selbst, durch die allgemeine Volksabstimmung, anheimstellt. Diese Tatsache und die traurigen Erfahrungen des verfloffenen Jahres werden hoffentlich der sinnlosen Putschtaktik ein für allemal ein Ende bereiten haben. Wir können nicht glauben, daß, wie die „Magdeburgerische Zeitung“ in sensationeller Aufmachung verkündet, heute noch irgendwie ernsthaft versucht werden sollte, in Deutschland eine Gewalt Herrschaft aufzurichten. Sollte ein solch wahnwitziger, selbstmörderischer Versuch unternommen werden, so muß über den rechts — er würde an dem ebenen Willen des Volkes zer-schellen. —

### Weltkrise.

Ein ganzes Jahr und mehr noch des Ringens um friedliche Betätigung, um die Bedingungen für den Ersatz der im Krieg in maßloser Weise zerstörten Güter, um den Aufbau einer neuen Wirtschaft ist um. Was an Leid und Elend, an Entbehrung und geknickten Hoffnungen hinter uns, dem gesamten deutschen Volke von der Nordsee bis an die Drau im Süden liegt, ist einzig in der Geschichte der Kulturwelt; die beiden Staaten, die nach Naumanns bald zu Anfang des Krieges gemachtem Vorschlag der Grundstock für ein zusammenhängendes und sich selbst mit den hauptsächlichsten Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens versorgendes Mitteleuropa hätten werden sollen, leben heute in einer Krise, wie sie nie zuvor erschaut worden ist.

Vom Waffenstillstand schon hatte die einheimische, aber auch die neutrale Welt ein

Nachlassen der vernichtenden Kriegswirtschaft erhofft, vom Frieden schien es selbstverständlich, daß er uns „Mitteleuropäer“, was in Wirklichkeit uns Deutsche heißt, die endliche Befreiung aus der vierjährigen wirtschaftlichen Fesselung, Arbeitslosigkeit und neuen Arschwung gestatten werde. Aber der vollendete Friedensvertrag wies uns das versteinerte Gorgonenangeßicht des unerbittlichen, des rache- und beutegierigen Siegers. Die mörderischen Friedensbedingungen haben das deutsche Volk der an industriellen und für unsere Ernährung wichtigsten Rohstoffen reichsten Gebiete beraubt: die Eisenerze, Kohlen- und Kali-lager des Westens, die Vieh-, Rüben- und Kartoffelgelände des Ostens, das gefährdete Kohlenzentrum in Schlefien und der Aukauf durch Entente-Kapital der reichen steirischen Erz-lager, der Holzbestände der Alpen, der Raub des Obstes und Weines in Südtirol, der Zucker-, Bier- und Textilindustrie, der Braun- und Steinkohlenbergwerke Deutschböhmens — was sind sie anders als die äußeren Merkmale einer ungeheuern, einer

noch nie dagewesenen Krise!

Man denke sich nur, durch irgendeinen Umstand sei im Frieden einmal während einer Hochkonjunktur ein Drittel oder gar die Hälfte aller Industriewerkstätten zum Feiern gezwungen und die Landwirtschaftsarbeit eingestellt worden; man hätte gemeint, die tödliche Krise nicht überleben zu können.

Nun ist durch das Zutretreten des uns durch die Gewalt der Tatsachen aufgezwungenen Friedensvertrags die Aufhebung des Sperrriegels zu gewärtigen; soweit der Vertrag es erlaubt, sollen wir wieder mit der ganzen Welt Handel treiben, einkaufen und verkaufen dürfen, was wir benötigen und was wir erarbeitet haben. Aber da starrt uns ein neues schier unüberwindliches Sondernis entgegen,

fast schrecklicher in seinen unblutigen Folgen als alle Stachel-drahtverhaue, schrecklicher als die Blockade: der beispiellose Tiefstand der deutschen und österreichischen Währung macht uns jeden Handelsverkehr mit dem nun wieder offenliegenden Ausland zur Unmöglichkeit oder wenigstens zur drückenden Sklaverei. In Zürich und Genf, wo unsere Wärla hauptsächlich bestimmt wird, zahlt man für eine Mark zwischen 5 und 7 und 11 Centime, für eine deutschösterreichische Krone 3 solcher Münzen, so daß dem schweizerischen Flaschenweinhändler der Druck und das Papier einer „Weinerkette“ teurer zu stehen kam als ein Kronenschein und er diese auf seine Flaschen liebte. Das ist der Ausdruck für die Meinung des Auslandes, daß wir, alles was deutschen Namen trägt, unsere Verpflichtungen nur zu 3 bis höchstens 11 Prozent würden einzulösen imstande sein; daß man uns keinen Kredit, kein Vertrauen in unsere wirtschaftliche Gesundung schenken könne, daß eines ganzen großen 70-Millionen-Volkes Kampf ums Dasein verloren sei.

Aber siehe da, in dem Augenblick, da der Friede endlich in Kraft treten soll, zeigt sich mit einem grellen Witzlicht, daß die Berechnung, auf die man ihn gründete, falsch war. Die Entwicklung des Vorkriegs-Kapitalismus war zu weit gediehen, die Wirtschaft der verschiedenen Völker und Weltteile zu eng verknüpft, als daß die Ausschaltung eines so großen und wichtigen Erzeugungs- und Verbrauchs-gebiets ohne Wirkung auf die ökonomische Weltgesamtheit bleiben konnte. Mit dem neuen Frieden, mit dem neuen Jahre wird es klar, daß dem großen Weltkrieg eine große Weltkrise folgte.

Die Beiknen der Krise sind mannigfaltig und beweisend. Auch ein Land wie England macht nicht ohne Erschütterung wirtschaftliche Sprünge, deren Ausdruck z. B. das Senken der englischen Ausfuhrwerte um 617 Millionen Pfund Sterling in 14 Monaten ist, während die der Vereinigten Staaten im selben Zeitraum um 8897 Millionen Dollar zunimmt! Auch England verbringt nicht den Rückgang seiner Kohlenförderung um 32 Prozent gegen das Jahr 1913!

Der wirtschaftliche Verkehr ist auf eine Nichtigkeit gesunken, wie er etwa vor vielen Geschlechterfolgen bestanden hat, denn Sieger und Besiegte und Neutrale sind von der Krise erfasst und leben in ihrem Heißhunger nach Rohstoffen und Fertigwaren fast ausschließlich von der Gnade Nordamerikas. Sehe man nur die für die Weltwirtschaft wichtigen Kräfte und Mittel an! Außer englischen und amerikanischen Schiffen fahren kaum irgend anders beslagte durch die Weltmeere. Wo aber England früher in aller Welt Geld dem Unternehmer ließ oder dessen Verdienst verzinst, dort ist heute

der Banker zum Bankier geworden.

Die Neutralen, die am allerdiaksten und fortbauend am Kriege zu verdienen schienen, meinen heute bereits, daß sie in der Flut entwerteter Wärluten ertrinken müßten. Die „Sieger“ Frankreich und Italien blicken entsetzt auf den nie dagewesenen Tiefstand ihrer Wärlung, den ihnen beiden der eigentliche Sieger, der Dollar-König, aufzwingt. Und Rußland, das Reich der unererschöpflichen Naturschätze, scheint in Blut und Not und Verzweiflung zu versinken und bildet mitten im Krisenwirbel der Welt das unüberwindliche Rätsel.

Wer Heilung will, muß die Krankheit ergründen, ihre Ursachen, ihre Wesenheit und die richtigen Mittel zur Unterstützung des natürlichen Heilungsvorgangs erkennen. Die Krankheit haben wir erkannt: Weltwirtschaftskrise. Nun gilt es, Ausschau nach den richtigen Heilmitteln zu halten. —

### Unsre Ernährungslage.

Die Meldungen über einen unglücklichen Stand unsrer Ernährungsverhältnisse, wovon auch wir Notiz gaben, werden heute vom Volklichen Bureau mehr oder weniger zurückgewiesen. Es treffe vor allem nicht zu, daß die Reichsgetreidestelle nur noch für 14 Tage die Versorgung werde aufrechterhalten können; sie sei vielmehr auf Grund der erfolgten Lieferungen und der ihr zurzeit angeforderten Verladungen von Getreide auf etwa 1 bis 1½ Monate gedeckt. Auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen sei ein Steigen der Anlieferungen, das die Versorgung

Wetter überholt, nun so bestimmt zu erwarten, als die deutsche Getreideernte nicht ungünstig war und eine gewisse Zurückhaltung in den Lieferungen im Dezember darauf zurückzuführen ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung der Ablieferungsprämie abwartete, deren Kommen aus den mit den Vertretern der Landwirtschaft gepflogenen Besprechungen bereits bekannt war. Sichtlich eines gegen Ende des Versorgungsjahres zu erwartenden Defizits werde eine Deckung durch eine entsprechende Einfuhr sichergestellt werden. Durch die kürzlich getroffene Neuordnung der deutschen Warenausfuhr sei bestimmt zu erwarten, daß die Reichsregierung ausreichende Auslandsbedürfnisse in Händen haben werde, um den notwendigen Getreidebedarf auch für den Schluß des Versorgungsjahres sicherzustellen.

Es wäre sehr erfreulich, wenn die Dinge so günstig, wie hier dargestellt, lägen. Zu allem übrigen auch noch eine Anzahl Hungerrationen, schwerer als alle vorausgegangen, erdulden sollen, das hätte für das deutsche Volk heißen, den Kelch des Leidens bis auf die Reize leeren.

Die Scherpreise berichtet, daß das Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt, mit Vertretern der Landwirtschaft über den Abbau der Zwangsirtschaft zu verhandeln. Von zuständiger Seite wird dann mitgeteilt, daß es sich dabei nicht um einen aus besonderen Gründen neuerdings hervorgerufenen Vorgang, sondern um eine vor einiger Zeit anberaumte Besprechung handelt, in welcher die in einer Denkschrift niedergelegten Wünsche des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft erörtert werden sollen. Es wird sich dabei hauptsächlich um eine Besprechung der organisatorischen Frage handeln. In eine alsbaldige Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung, wie die Notiz vermuten läßt, werde nicht gedacht.

Goffentlich zeitigen diese Verhandlungen aber ein Ergebnis, das endlich die Landwirtschaft veranlaßt, ihren Lieferungsverpflichtungen gegen das Volk in einer Weise nachzukommen, die nicht mehr kritisiert zu werden braucht.

## Wie Wilhelm war.

Wilhelm II. ist nur zu verstehen, wenn er in seine Umgebung gestellt wird, ohne sie erscheint er wie ein Narr. Mit solchem Urteil würde ihm aber unrecht geschehen. Seine ganze Erziehung hatte nur den einen Grundsatz: Die Herrschaft über das kommende Herrscher, der alles weiß und alles zu beurteilen imstande ist. So wurden Wilhelms eingeübte Erhabenheit und Glaube an die persönliche Mission Mächtigkeit und äußere Form, um so mehr, als er innerlich gar nichts Außergewöhnliches oder Großes an sich hatte. Es war sogar ein Uebermaß an Mäßigkeit und Maßlosigkeit gegenüber den rauen Tatsachen vorhanden. Jung zur Regierung gekommen, maßlos überhebend, im theatralischen Glanze seines Hofes aufgehend, verächtlich er jeden, der es wagte, ihm eine eigene Meinung entgegenzusetzen. Das ist bis heute so geblieben. In Holland haben noch jetzt die Verständigen wenig Einfluß, die Leute dagegen, wie sein Hofmarschall von Gontard, die kurzschäftigen seiner Söhne, alle die, die ihm recht geben, die gelten.

Es gab auch intimes Familienleben. Musik wurde bei den Hohenzollern ja früher schon einmal geliebt. Friedrich II. spielte Flöte. Soß Wilhelm II. gemächlich im Potsdamer Neuen Palais, wollte er ins Reich der Töne wandern, kam heute er in den schönen Räumen des Alten Fritz das — Pianola, das moderne Kunstspielklavier, den Leierkasten für reiche Leute. Man zog's ihm auf, und er hatte seine Musik. Viele Leute lassen sich vom Grammophon das Gefühl der Musik verderben, Wilhelm zog das Pianola vor.

An was dachte dieser „große“ Mann in seinen Gemächern? An seinen Wandbildern kannst du ihn erkennen! Da hingen nichts anderes als große Photographien von Paraden, sauber beschriftet und beschriftet, Parade auf dem Tempelhofer Felde, von vorn, von der Seite und von hinten. Truppenparaden hier und Vorbereitungen von Infanterie, Kavallerie oder Artillerie dort. Dazwischen einfarbige Entwürfe für Schlauchentwürfe von Köppling. Dazu ein Ständer von Uniformtafeln und dann an der Wand weiter wieder Familienamateuraufnahmen. Die Photographien verfolgten ihn bis auf die allerhöchsten Klosetts. Alle vier Wände hingen voll bunter Postkarten, von Familienknipsereien (von vorn, von der Seite, von hinten, sitzend, stehend, schreibend, regierend und so weiter). Das Sujet war das Schloß. Das nennt man einen Willensbesitzer, der sich die bunten Ansichtsarten und die Photos seines Lustkulturs jauber rahmt und mit bis ins Merkwürdigste nimmt! Ob Friedrich der Große sich Bilder von Sanssouci auf den Abtritt gehängt hat? Berühmt geworden ist hierzu die Meinung eines Matrosen: „Wie Wilhelms Politik! Wenn du die Bilder davon anheftst, denn denkste, du bist unter ewig blauem Himmel und et stinkt nicht!“

Auch von Wind und Wetter verstand er viel, aber nicht wie normale Menschen mit Hilfe der Wetterfahne und dem Blick nach dem Himmel. Er saß auf seinem Sattel am Schreiberisch und drückte auf den Knopf: rotleuchtende Flamme schritt an der Wand meldete N oder S, N oder NW — die Wetterfahne draußen vor dem Fenster war immer reich mit der Buchstabenliste an der Zimmerwand verbunden.

Wilhelm schrieb mit Adlerfedern und Gänelied, er haute auch, wenn es viel Ernennungen gab, mal hintereinander einige tausend Unterschriften unter Offiziersdiplome, er war sich immer bewußt, daß er Kaiser dazustellen habe und daß er dafür „arbeiten“ müsse. Hier schlug die Qualität in die Quantität um. Alles baute sich im Laufe der Jahrzehnte dem an. So ist Wilhelm II. weniger auf dem geraden Wege einer Bewußtsein und Konsequenzen, aber solchen Politik um den Thron gekommen, vielmehr ist es seine Schwächlichkeit, diese Mittelmäßigkeit,

der sogenannte Herrscherfugenden und -Talenten eingerechnet wurden, die außerordentlich viel dazu beitrug, daß das deutsche Volk ins Elend hinein geriet. Damit sind Wilhelm, der Durchschnittsmensch, und sein Unglück, als „Herrscher“ gelten zu müssen, der stärkste Beweis gegen die Monarchie. Und so hat dieser eheinalige Monarch wenigstens in einer Hinsicht einem nützlichen Zwecke gedient.

## Die Unternehmer beim Reichspräsidenten.

Unter Führung der Herren Siemens, Sorge, Bosch, Borfig und so weiter sprach am Mittwoch das Präsidium des Reichsverbandes der Industriellen beim Reichspräsidenten vor, um diesen die besondern Wünsche und Beschwerden der Industriellen vorzutragen. In ihrem Namen sprach Herr Dr. Sorge. Was Herr Dr. Sorge und seinen Kollegen besondere Sorge macht, sind natürlich die neue Steuergesetzgebung und das Betriebsrätegesetz. Herr Sorge sagte darüber:

Die deutschen Unternehmer erkennen ihre Angestellten und Arbeiter als Mitarbeiter an der Lösung gemeinsamer Aufgaben an, sie seien auch bereit, finanzielle Opfer zu bringen. Sie hielten aber eine Gesetzgebung für verwerflich, die ihnen die Einschulungsfreiheit nehme und das Betriebskapital wegschneure. Soweit diese Gesetzgebung schon endgültig sei, müsse die Industrie verlangen, daß bei der Ausführung auf die Forderungen der industriellen Produktion jede mögliche Rücksicht genommen würde. Soweit diese Gesetzgebung sich noch im Stadium der Beratung befände, warne die Industrie noch einmal vor einer allzu schweren Belastung und wolle auf die drohende Gefahr eines industriellen Zusammenbruchs hin.

In seinen weiteren Ausführungen brachte dann der Redner die einzelnen Wünsche der Industrie zum Ausdruck, insbesondere wies er auf die einseitige Berücksichtigung der Verbraucherinteressen hin.

In einer Erwiderung sagte der Reichspräsident, daß die wichtigste Aufgabe die Schbung der stark gesunkenen Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer sei. Die Reichsregierung werde unberechtigten Arbeitsverweigerungen entgegenzutreten.

Sie erblicke aber auch andererseits ihre Aufgabe darin, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer so zu erfüllen, wie es zur vollen Entfaltung der gewerblichen Produktion erforderlich sei. Diesem Ziele diene insbesondere das Betriebsrätegesetz. Der Reichspräsident verwies auf das Vorgehen Englands, das sich gezwungen sähe, denselben Weg zu beschreiten.

Im Interesse der Unternehmer liege es selbst, Maßnahmen, die dem neuen Geiste sozialer Fortentwicklung der ganzen Welt entsprächen, bereitwillig auf sich zu nehmen, statt sich bis zuletzt dagegen zu wehren und sie sich erst aufzwingen zu lassen. Die Finanzlage Deutschlands erfordere gebieterisch durchgreifende Maßnahmen. Die Reichsregierung habe bei ihren Steuerprojekten die gewerbliche Produktion nach Möglichkeit gespart und werde das auch weiterhin tun.

Der Reichspräsident führte weiter aus, daß er aus den Darlegungen des Vertreters der deutschen Industrie nicht ohne Bedauern sähe, daß dessen Ausführungen der schweren Lage, in der sich die Regierung befinde, nicht gerecht würden, wenn ohne nähere Begründung auf eine Reihe von Mängeln hingewiesen werde.

Der Reichspräsident wies schließlich den Vorwurf, die Regierung verfolge eine einseitige Konsumentenpolitik, energisch zurück. Es folge hierauf eine längere Aussprache, in der das Transportproblem, die Ein- und Ausfuhrfrage und andre aktuelle Fragen behandelt wurden.

## Streit im Versicherungsgewerbe.

Die Unternehmer im Versicherungsgewerbe haben es so weit getrieben, daß der Organisationsverband der Angestellten, dem Zentralverband der Angestellten, nur noch die Protestierung des Streikes, der am heutigen Donnerstagmorgen im ganzen Reich begann, übrigblieb.

Nachdem der Arbeitgeberverband alle eingehenden Bemühungen der Organisationen, den Ausbruch des Arbeitskampfes zu verhindern, mit streitiger Ablehnung beantwortet hatte, und auch alle Versuche des Reichsarbeitsministeriums, Verhandlungen anzubahnen, abgeschlagen hat, bot sich keine Aussicht mehr, den Beginn des Arbeitskampfes zu vermeiden. Die organisierten Versicherungsangestellten stimmten an den großen Versicherungsplätzen des ganzen Reichs mit durchschnittlich 80 Prozent dem Ausbruch des Kampfes zu, um die Arbeitgeber zu Verhandlungen über angemessene Entlohnungen und Erhaltung zeitgemäßer Dienstrechte zu bewegen.

Die Angestellten treten in den Anstand mit dem guten Bewußtsein, zu ihrem Teil alles zur Aufrechterhaltung des Friedens im Gewerbe getan zu haben. Mit seiner Hartnäckigkeit, nicht in Verhandlungen einzutreten, hat der Arbeitgeberverband den nunmehr ausgebrochenen Kampf verschuldet.

Nach in letzter Stunde, im Laufe des Mittwochnachmittags, haben sich im Reichsarbeitsministerium der Zentralverband der Angestellten, Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände dahin verständigt, daß alle drei Verbände an eventuellen Verhandlungen über den Reichstarif für die Angestellten des Versicherungsgewerbes teilnehmen werden. Die Gewerkschaftsbünde erhalten in der Verhandlungskommission je drei Sitze, während dem Zentralverband der Angestellten eine unbeschränkte Zahl von Vertretern zugesprochen wurde. Als Verhandlungsgrundlage soll der bisherige Reichstarifvertrag mit sämtlichen dazu eingerichteten Forderungen der Organisationen dienen. Der Arbeitgeberverband ist von diesem Ergebnis unterrichtet und ersucht worden, sich bis zum 2. Januar vormittags zu erklären, ob er nunmehr bereit ist, in die Verhandlungen einzutreten.

## Die Bewegung der Eisenbahner.

Am Mittwoch nachmittag fand eine gründliche Aussprache zwischen Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes und der Gewerkschaften deutscher Eisenbahner einerseits und Mitgliedern der Mehrheitsparteien der Preussischen Landesversammlung und der Staatsregierung andererseits über den gesamten Komplex der Lohnfrage der Eisenbahner statt. Naturgemäß konnte es sich nur um eine orientierende und unverbindliche Unterredung handeln. Das Staatsministerium selbst wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der vom

Deutschen Eisenbahnerverband in der gleichen Angelegenheit ein gereichten Eingabe befassen.

In einer Zuschrift an die Presse gibt das Reichsarbeitsministerium bekannt, daß es die vom Allgemeinen Eisenbahnerverband nachgesuchte Vermittlung bei den Tarifverhandlungen nicht übernehmen könne, da diese Verhandlungen, bei denen sein Vertreter zugezogen sei, befriedigend verliefen und sein Eingreifen von den übrigen Eisenbahnerverbänden nicht für erforderlich gehalten wäre. Im übrigen teile das Reichsarbeitsministerium die Auffassung des preussischen Eisenbahnministers, daß Staatsbetriebe, in denen infolge passiver Resistenz nicht genug gearbeitet werde, zu schließen seien.

Zwischen sämtlichen frankfurter Eisenbahner-Organisationen ist in Anbetracht der gemeinsamen Interessen bei der Eisenbahnerbewegung Frieden geschlossen worden. Die Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie die Bewegung als Existenzkampf aller Eisenbahner bezeichnen. Die Arbeitsleistung hat sich in den frankfurter Eisenbahnwerkstätten wieder gehoben.

In Dortmund ist ein Teil der Eisenbahner auf dem Rangierbahnhof in Streit getreten.

Die Eisenbahnbeamten sind von einer Unruhe erfaßt, die es dringend notwendig macht, die am Donnerstag beginnenden Verhandlungen über ihre Forderungen mit der allergrößten Beschleunigung durchzuführen, wenn vermieden werden soll, daß impulsiv Teileneinstellungen des Betriebs durch die Beamten erfolgen. Die Verhandlungen mit den Arbeitern schreiten vorwärts, und namentlich die schlechter bezahlten Gruppen der Beamten fühlen sich dadurch im Nachteil, daß ihre Forderungen nicht mit der gleichen Beschleunigung zu einem befriedigenden Ausgleich betrieben werden.

## Zarische Generale in der roten Armee

„Tribune de Genève“ veröffentlicht eine Zuschrift des ehemaligen zarischen Generals des „Russe Slowo“, in der die ehemaligen zarischen Generale aufgeführt werden, die jetzt den Generalstab Trotskys bilden. Das sind die Generale Tschernomir, Becher an der Kriegsakademie und früherer Oberbefehlshaber der 12. Armee, General Klemowitsch, ehemaliger Chef des Generalstabs der Südwestfront; General Swelischin, ein bekannter Militärschriftsteller; General Kabanow, früherer Chef des Generalstabs der 6. Armee; General Wagon, früherer Befehlshaber der 6. Division; General Seliwatschew, früherer Befehlshaber der 4. finnischen Division; General Kabejnow; General Shtin, früherer Generalstab der rumänischen Front zugeteilt; General Gagnier, früherer Kommandeur; General Boniewitsch; General Wessiloff, Militäringénieur; General Resnamow von der Kriegsakademie. Dazu kommt noch der General Bert, früherer Oberbefehlshaber der Nordarmee auf dem deutschen östlichen Kriegsschauplatz, welcher gegenwärtig die bolschewistischen Truppen gegen Kolltsch führt.

Die französische sozialistische Presse veröffentlicht diese Liste früherer zarischer Generale, die jetzt für die rote Armee tätig sind, um der Behauptung der französischen offiziellen Presse entgegenzutreten, daß die Armeen Sowjet-Russlands sich unter der Führung deutscher Generale befänden. Sie fügt hinzu, daß diese Diener des früheren Zaren sich dem Bolschewismus nicht aus politischer Neigung angeschlossen hätten, sondern weil Trotski den russischen Boden gegen die fremden Eindringlinge und gegen die der Entente verkauften Generale Denikin und Kolltsch verteidigte.

## Viele Räte und kein Rat.

Die Vollversammlung und der Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte sind am letzten Montag durch innere Streitigkeiten auseinandergepresst worden. Richtiger gesagt, die Vollversammlung war schon längst keine Vollversammlung mehr und der Vollzugsrat kein Vollzugsrat. Durch ihr unverantwortliches Treiben hatte die Linke schon längst die Sozialdemokraten aus der Vollversammlung und dem Vollzugsrat hinausgedrängt, und diese, in denen jetzt Unabhängige und Kommunisten allein, aber nicht brüderlich hausten, hatten bei der Berliner Arbeiterschaft jegliche Autorität verloren. Am Montag hat sich nun der verbliebene Rest noch einmal gespalten.

Die Unabhängigen hatten Richtlinien für den Ausbau des Räteystems aufgestellt, die von den Kommunisten als „doktrinär-konstruktive Organisationsaufsücherer“ bekannt wurden. Die Vollversammlung sagte nun am Montag mit 207 gegen 47 Stimmen den Beschluß, sich erneut auf den Boden der Richtlinien zu stellen. Diejenigen, die nicht auf dem Boden der Richtlinien stehen, sollen hinfort als „außerhalb der Arbeiterräte stehend“ betrachtet werden.

Die unmittelbare Folge dieses Beschlusses ist das Ausscheiden der Kommunisten aus Vollversammlung und Vollzugsrat, seine nächste Folge muß der schärfste Kampf zwischen Unabhängigen und Kommunisten in allen Betrieben sein. Nachdem es auf dem Leipziger Parteitag geschehen hatte, als solle der Frieden zwischen den beiden Fraktionen der äußersten Linken wiederhergestellt werden, ist der Kampf wieder in voller Schärfe entbrannt.

Die Zukunft des Rätewesens in Deutschland wird nicht von der Berliner Versammlung ultraradikaler Konfusionsräte, sondern in der nächsten Woche von der Nationalversammlung entschieden werden. Es ist heute schon klar, daß neben den gesetzlich gewählten Räten andre nicht möglich sein werden oder daß wenigstens das Bestehen anderer neben ihnen eine leere Revolutionspielerei sein wird.

Die gesetzlich gewählten Betriebsräte haben eine gewaltige und wirklich revolutionäre Aufgabe. Sie sollen den Weg erschließen, auf dem die Arbeiterschaft zur Mitwirkung an der gesellschaftlichen Führung der Betriebe und im Laufe der weiteren Entwicklung zu ihrer selbständigen Führung gelangen soll, unter Aufsicht staatlicher Organe, die auf die Wahrung der allgemeinen Interessen gegenüber den besondern Betriebsinteressen der Arbeiter Bedacht zu nehmen haben. Ein solcher Entwicklungsprozeß kann sich nicht über Nacht vollziehen, der Grad seiner Intensität wird abhängen von dem Grade der Tüchtigkeit und des Eifers, mit dem sich die Arbeiter der sich ihnen neu erschließenden Betätigungsmöglichkeit hingeben werden. Darum wird die Wahl der gesetzlich gewählten Betriebsräte für die unblutige soziale Revolution, in deren Fluße wir uns befinden, von der allergrößten Bedeutung sein. Die Arbeiter werden zu zeigen haben, daß sie aus ihrer Mitte diejenigen Kameraden zu wählen verstehen, die den neuen Aufgaben am besten gewachsen sind. Viel überrevolutionäre Phrasenhelben werden sich, wenn die Probe gut ausfallen soll, unter ihnen nicht befinden dürfen.

# Anabhängiger Terrorismus.

Die Einwohnermehr ist den Unabhängigen von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Daß sie selbst die Hauptschuld dazu beitragen, wenn die Reaktion in den Einwohnerwehren tonangebend ist, indem sie selbst unter Anwendung von Gewalt die Arbeiter von den Wehren fernhalten, das zu erkennen, reicht ihre Logik nicht aus. Mit welchen Mitteln von unabhängiger Seite mitunter gearbeitet wird, um ihr Ziel zu erreichen, die Einwohnerwehren nämlich zu Sorten der Reaktion zu machen, beweist folgender unerhörte Vorfall:

Seit dem Juni des Jahres 1919 war unser Parteimitglied Genosse Lorkowski beim Verkehrsamt Neufölln als Finanzmann beschäftigt. Auf die Aufforderung des sozialdemokratischen Parteivorstandes hin, den Einwohnerwehren beizutreten, wurde er Mitglied einer solchen. Als nun am letzten Sonnabend die Tatsache bei seinem zum überwiegenen Teile der U. S. B. angehörenden Arbeitskollegen bekannt wurde, kam der stellvertretende Vertrauensmann zu ihm und erklärte ihm, seine Kollegen könnten nicht weiter mit ihm zusammenarbeiten; falls er im Dienste bleibe, würden seine Kollegen in einen Streit eintreten. Eine kurz darauf vorgenommene Abstimmung ergab von 52 Stimmen 27 für einen Streit, zwei für den Genossen Lorkowski, die übrigen enthielten sich der Stimme. Es blieb dem Genossen Lorkowski nichts anderes übrig, als die Konsequenzen daraus zu ziehen und seine Entlassung nachzusuchen. Auf seinem ihm vom Magistrat ausgesetzten Entlassungsschein steht ausdrücklich bemerkt:

L. war beim Verkehrsamt der Stadt Neufölln beschäftigt und wurde wegen Zugehörigkeit zur Einwohnerwehr auf Wunsch der Zimmerer entlassen.

Genosse Lorkowski mußte sofort das Amt verlassen und ist nun erwerbslos.

Hier liegt einer jener ganz offenkundigen Fälle des schamlosesten Terrorismus vor, der so gern von den Unabhängigen abgeleugnet wird. Wir sind gespannt, was sie in diesem Falle zu ihrer Entschuldigung — und um Entschuldigungen sind die Herrschaften ja nie verlegen — sagen werden. Besonders charakteristisch ist bei der ganzen Angelegenheit, daß sich die Unabhängigen weit radikaler gebärden als die Kommunisten, wohl um diesen zu zeigen, daß auch sie „echte Revolutionäre“ seien.

## Spaltpolitiker.

Die Einigkeit und Geschlossenheit sind die Quellen, aus denen die deutsche Arbeiterbewegung ihre Kraft geschöpft hat. Ohne sie wäre unsere Partei das geblieben, was sie war, eine kleine Sekte, die ein Spielball in den Händen der Machthaber war. Niemals hätte sie Einfluß auf das öffentliche Leben gewinnen können, niemals würde sie die Führung der Arbeiterbewegung und vor allen Dingen niemals Regierungspartei geworden sein, wenn es anders gewesen wäre. Seit jenen Tagen, da die Vertreter der Arbeiterbewegung aus der Partei ausschieden, ist es anders geworden. Fortgesetzt entstehen neue Gruppen und Grüppchen mit neuen Ideen und neuen Idealen. Die eine nennt die andere Verräter an der Arbeiterklasse, die Verräter an der Revolution. Jede glaubt, das alleinzigmachende Mittel gefunden zu haben.

Auch in diesen Tagen, an denen sich der von Unabhängigen und Kommunisten geschürte und geführte Bürgerkrieg jährt, begehen die Unabhängigen und Kommunisten Berlins ein neues Verbrechen der Spaltung. Der schon einmal auseinander gebrochene „rote“ Vollzugsrat wurde wieder zusammengelastert. Die von Richard Müller aufgestellten und von der unabhängigen Fraktion des Vollzugsrats auf den Schild erhobenen Richtlinien für die Arbeiterräte haben den Zorn der Kommunisten hervorgerufen. Am letzten Montag fand nun eine Vollversammlung der Arbeiterräte statt, die mit gewaltiger Mehrheit diese Richtlinien anerkannte. Die Kommunisten stimmten dagegen und sind nach Lage der Dinge nicht mehr als Mitglieder des Vollzugsrats anzusehen. So ist denn, wie die „Freiheit“ sagt, das „letzte Bollwerk des Berliner revolutionären Proletariats gesprengt“ worden.

Uns verwundert diese fortgesetzte Sprengerei und Spalterei bei den linksradikalen absolut nicht mehr. Worüber man sich höchstens wundern könnte, ist, daß es immer noch Arbeiter gibt, die den unabhängigen und kommunistischen Konfusionsräten nachzusehen, die selbst nicht einmal wissen, was sie eigentlich wollen.

Auch in den Reihen der Kommunisten hat sich eine Spaltung vollzogen. Die Berliner Zentrale, die bekanntlich im scharfen Gegensatz zu der Parteileitung steht, hat ihr Mandat nicht niedergelegt, sie wurde vielmehr durch die symbolistischen Berliner dazu gezwungen, da die Berliner Zentrale in der letzten Zeit gegenüber der Parteileitung eine verschölicher Haltung eingenommen hat. So geht es also lustig weiter, man spaltet draußlos, schwächt so die Arbeiterklasse und will trotz alledem die Weltrevolution machen und den Sozialismus zum Siege führen.

## Verweigert die Steuern!

Unter diesem Titel veröffentlicht eine neue alldeutsche Korrespondenz folgende Landesverräterische Aufforderung:

Englische Zeitungen erzählen ihren Lesern jammervoll, daß man drüben auf 80 bis 100 Milliarden Einnahme aus unserem Reichsnotopfer rechnet. Wir werden ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Wenn der Gerichtsvollzieher unserer Feinde, Herr Erberger, und die hinter ihm stehenden sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ glauben, das deutsche Volk ungefragt ausplündern und den Feinden all unser Hab und Gut in den Rücken werfen zu können, so bleibt uns dagegen nur das Mittel, die Zahlung von Steuern zu verweigern. Für die deutschen Bedürfnisse erkennen wir die Pflicht der Steuerzahlung an, nicht aber für die Taschen unserer Feinde! Wir erkennen auch die Verpflichtungen der gegenwärtigen „demokratischen“ Regierung nicht als für uns verbindlich an, da sie sich auf die „verfassunggebende“ Nationalversammlung stützt, deren Aufgabe längst erledigt ist. Wenn diese Karikatur eines Parlaments das nicht einzieht und sich in ihrer großen Mehrheit aus Angst vor dem Verlust der Posten und Diäten hinter den Diktator Erberger stellt, so kann sie auf Beachtung keinen Anspruch mehr erheben. Herr Erberger hat ja selbst im März erklärt, wenn die Entente die Milliarden haben wolle, solle sie sie sich holen, freiwillig zahlen wir sie nicht. Dazun halten wir uns. Der einzelne ist machtlos. Aber wir hoffen, daß das ganze deutsche Volk schließlich die Aufforderung befolgen wird, keine neuen Steuern zu bezahlen, bis diese wortbrüchige Regierung in ihrer eignen Fäulnis zugrunde geht.

Nichts ist charakteristischer als das Geschrei der Nationalisten, wenn es ihnen an den Geldbeutel geht. Wie die einflussreichen Nationalisten bei Einführung der Einkommensteuer drohten, Republikaner zu werden, droht die heutige Reaktion mit der offenen Revolution, weil sie zu den Kosten des Krieges, zu dem sie ständig geht, beitragen soll. Die Korrespondenz wird von der „Großdeutschen Volkspartei“ (Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei) herausgegeben. Wenn sich die Herren auch mit der Ballontunne maskieren, diese Art „Arbeiter“, die für ihre Klassenfurchen fürchten, kennt man.

## Reichsberrat für Körperliche Erziehung.

Auf die aus Fachkreisen wiederholt gegebene Anregung, ein engeres Zusammenarbeiten der Behörden mit den Turn- und Sportverbänden der verschiedenen Richtungen herbeizuführen, und aus dem Wunsche heraus, der Reichsregierung in den schwersten Fragen der Hebung der Volkskraft ein sachverständiges beratendes Organ zur Seite zu stellen, ist im Reichsministerium des Innern ein Reichsberrat für Körperliche Erziehung geschaffen worden. Der Reichsberrat setzt sich aus je fünf Vertretern des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und der Zentral-Kommission für Sport- und Körperpflege zusammen, und wird nach Bedarf vom Reichsminister des Innern einberufen. Den Vorsitz in den Verhandlungen des Rates führt ein Beamter des Reichsministeriums des Innern.

Der Reichsberrat dient dem Zwecke, daß Reichsministerium des Innern in allen das Gebiet der Leibesübungen berührenden Angelegenheiten mit seinem Räte zu unterstützen, Anregungen zu geben und zu begünstigen und die reichen Erfahrungen aus der Tätigkeit der freien Verbände der Reichsregierung für die zur Förderung der Körperlichen Erziehung der Jugend in Aussicht genommene gesetzgeberischen Maßnahmen und Verwaltungsanordnungen zu vermitteln.

In der am 5. Januar 1920 im Reichsministerium des Innern abgehaltenen ersten Sitzung des Reichsberrats, die sich im wesentlichen mit den Fragen seiner Zusammensetzung und seines Arbeitsplans beschäftigte, wurde von den Vertretern der Organisationen übereinstimmend darüber klargestellt, daß seit fast 2 Jahren der größte Teil der städtischen Hallenschwimmbäder unter Hinweis auf die bestehende Kohlennot geschlossen sei. Diese Maßnahme lasse ein bedauerliches Unverständnis der Stadterwartungen in der Frage der Bedeutung der Schwimmbäder erkennen. Der Reichsberrat kam dahin überein, den Verbänden nochmals dringend ans Herz zu legen, bei den zuständigen Stellen nachdrücklich für eine möglichst beschleunigte Wiedereröffnung der Hallenschwimmbäder einzutreten.

## Baustoffwucher.

Von dem ungeheuerlichen Emporschnellen der Baustoffpreise machen sich leider die großen Massen der Bevölkerung noch immer keinen rechten Begriff. Man lasse die folgenden Zahlen auf sich wirken, die Ende Dezember in Köln ermittelt wurden, bei der Drucklegung dieses Aufsatzes aber sicher schon wieder überholt sein werden.

Gegenstand	1914	Mai	1919	Dez.	mehr in %
1000 Stück Ziegelsteine	24,-	110,-	180,-	288,-	1200
1000 Stück Schwemmsteine	30,-	180,-	270,-	380,-	1800
1 Sad Kalk	1,-	5,-	8,50	11,50	1100
1 Sad Zement	2,-	8,-	15,00	18,50	1000
1 Kubikmeter Holz	45,-	180,-	300,-	660,-	1400
1 Tonne Eisen	190,-	800,-	1200,-	2580,-	2000
1000 Stück Dachziegel	60,-	320,-	530,-	600,-	1000
1 qm Dachschalung	1,80	6,50	11,-	20,-	1800
1 qm Fußboden	2,50	11,-	15,-	26,-	1800
1 qm Zin	2,10	11,-	22,-	38,-	1800
1 Kilo Zement	—,75	3,-	8,50	10,80	1400
1 Stück Messingbahn	3,20	6,50	12,50	16,50	500
1 qm Glas	3,50	38,-	36,-	42,-	1200
1 Kubikmeter Kies	2,50	12,50	17,-	22,-	900
1 Kubikmeter Sand	3,-	15,-	18,-	25,-	800
1 Stück Zäunen	14,-	42,-	80,-	95,-	500
1 Stück Türschloß	1,05	3,30	6,-	9,50	900

Das bedeutet eine durchschnittlich zwölffache Steigerung gegenüber den Friedenspreisen, und zwar fällt ein Teil gewaltiger Preistreiber in das Jahr 1919. Die Löhne für Erdarbeiter, Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und Schreiner sind seit dem Jahre 1914 von etwa 80 bis 75 Pf. auf 3,40 bis 3,50 M. die Stunde gestiegen, also um etwa das Fünffache. Diese Zahlen gelten mit geringen örtlichen Schwankungen wahrscheinlich für das ganze Reich.

Die für Heberzeugungszuschüsse bereitgestellten Summen sind erschöpft. Man weiß, daß die Reichsregierung von der Nationalversammlung die Bewilligung von weiteren Hunderten Millionen Mark schon in den nächsten Wochen zu erwirken gedenkt. Diese Summen sollen nicht in der Form von Heberzeugungszuschüssen, sondern nach einem andern System als *Pauprämien* gegeben werden.

Es ist notwendig, rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß nicht nur neu im Angriff zu nehmende Bauten der Zuschüsse bedürfen, sondern daß zahllose schon seit längerer Zeit im Bau begriffene gemeinnützige Siedlungen mitamt den Baugenoßenschaften als Unternehmern von einer Katastrophe bedroht sind, wenn ihnen nicht in irgendeiner Form mit weiteren Zuschüssen geholfen wird.

Bei der Bewöhnung der Heberzeugungszuschüsse wurde der drei- bis vierfache Friedensherstellungswert zugrunde gelegt, weil Regierung und Gemeinden voraussehen, daß die Baustoffpreise bis zur Fertigstellung der Wohnungen nur noch unwesentlich erhöht oder vielleicht gar gesenkt werden würden. Infolge der unerhörten Steigerung der Baustoffpreise sind die Baugenoßenschaften, die im Vertrauen auf das Zurückgehen der Heberzeugungszuschüsse zu bauen begonnen haben, in der übelsten Lage. Es fehlt ihnen an Kredit, der Heberzeugungszuschuß reicht nicht aus, und sie wissen nicht, wie sie die Bauten vollenden sollen. Die Heberzeugungszuschüsse sind auf den vierfachen Friedensherstellungswert berechnet, und nun ergibt sich der acht- oder gar zehnfache Herstellungswert. Selbst aber, wenn die Bauten vollendet werden können, wer soll dann die Mieten zahlen, die trotz dem Heberzeugungszuschuß mindestens das Vierfache der Friedensmiete betragen müssen, wenn die außer dem (bekanntlich zinslos gegebenen) Heberzeugungszuschuß aufgenommenen Kapitalien verzinst werden sollen? Wenn dieses ganze Bauen für die minderbemittelte Bevölkerung einen Zweck haben soll, so muß die Miete derartig gesenkt werden können, daß sie nicht wesentlich über dem Mietpreis der alten Wohnungen steht. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn Staat und Gemeinde auch den schon im Werden begriffenen gemeinnützigen Bauten, für die bereits Heberzeugungszuschüsse bewilligt sind, zinslos weitere Kredite zur Verfügung stellen, die der riesenhaften Entwidlung der Baustoffpreise einigermaßen Rechnung tragen.

Im Zusammenhang mit dieser Forderung steht das Verlangen, daß die Beschaffung der Baustoffmaterialien für den gemeinnützigen Wohnungsbau bald auf eine andre Grundlage gestellt wird. Heberzeugungszuschüsse und Bauprämien werden doch nicht gewährt, um Baustofffabrikanten und Baustoffhändler in ihrem widerlichen Treiben zu unterstützen. Eine Gebührendes Baustoffmaterial ist mindestens ebenso wichtig wie die weitere Bewilligung von zinslosen Krediten für den Wohnungsbau.

## Notizen.

**Auslieferung des Sonnenfeld.** Die holländische Regierung hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß dem Untersuchungsrichter in Haarlem binnen 14 Tagen die Grenzstation bezeichnet werden möge, an der die Untersuchungsgefangenen Sonnenfeld und Jakulin Schlad, die frühere Privatsekretärin von Parvus, ausgeliefert und den deutschen Behörden übergeben werden können. Wir werden also bald hören, was sie gegen Scheidemann usw. Stichtätiges vorzubringen haben.

**Eine deutsche Protestnote.** Die deutsche Regierung ließ in Paris eine Note überreichen, in der gegen die Ausweitung des Verwaltungsgerichtspräsidenten von Galfren und des Professors von Calmuth aus Saarbrücken Protest erhoben wird.

**Eine Reichsrekulturationskommission.** Unter der Bezeichnung „Reichsrekulturationskommission“ ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau eine besondere Stelle errichtet worden. Sie übernimmt die Ausführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Rücklieferung von Gegenständen aus dem Besitz von Angehörigen der bisher feindlichen Staaten, soweit sie sich auf deutschem Gebiet festhalten lassen. Zu den Gegenständen gehören insbesondere Maschinen und Material, mit dessen Rückgabe bereits auf Grund der Waffenstillstandsabkommen begonnen ist, ferner Wertpapiere. Ausgenommen von der Rücklieferung der Kommission ist die Rücklieferung von Tieren und Eisenbahnmateriale, wofür besondere Organisationen vorhanden sind.

**Neuer Soldatenratsprozeß in Halle.** Montag vormittag begann vor dem Kriegsgericht in Halle unter dem Vorsitz des Kriegesgerichts Dr. Thille der Prozeß gegen den Gerichtsaktuar und Leutnant der Reserve Friedrich Ferschlandt, ehemaligen Militärbevollmächtigten des Halleischen Soldatenrats, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, unbefugter Bildung bewaffneter Haufen, Freiheitsberaubung, Mißhandlung Untergebener und von Zivilpersonen, sowie Ausbeutung und Ungehorsams. Der Prozeß wird ungefähr 14 Tage dauern.

**Arbeitslosenunterstützung in Hamburg.** Mittwoch vormittag haben zum ersten Male seit der Aufhebung des Belagerungszustandes in Hamburg größere Kundgebungen stattgefunden. Nach einer Versammlung marschierte ein starker Zug Erwerbsloser vor das Rathaus, wo für eine Einlassung (?) begehrt wurde. Eine Deputation verhandelte mit dem Senat und brachte verschiedene Forderungen vor. Während dieser Zeit entstand vor dem Rathaus ein Gedränge, in dessen Verlauf die Wache ein paar Schreckschüsse abfeuerte. Jedem welcher Schaden wurde nicht angetan. Die Menge zerstreute sich erst in später Abendstunde wieder.

**Der braunschweigische Landtag ist, wie sich herausstellt, schon tot, man hat aber vergessen es ihm zu sagen.** In der Revolution wurde nämlich ein Gesetz gemacht, daß er auf ein Jahr gewählt werde, und dies vollzog sich am 22. Dezember 1918. Trotzdem soll er dieser Tage wieder zusammentreten. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, der Landesparlament habe den Landtag beauftragt, die Verfassung zu machen, und da sie noch nicht fertig ist, bleibe er zu Recht bestehen.

**Die Bolschewistin Agelrod kommt nach Berlin.** Die österreichische Regierung hat, wie die „P. P. N.“ erfahren, dem Ansuchen um Heimkehr der russischen Bolschewistin Anna Agelrod, die in der Wiener kommunistischen Bewegung eine führende Rolle spielte, Folge gegeben. Frau Agelrod, die in Karlsruhe interniert ist, wird demnach nach Berlin gebracht werden und von hier gemeinsam mit ihrer aus der Haft entlassenen Gatten, dem wegen spartakistischer Umtriebe zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Dr. Tobias Agelrod, die Heimreise nach Rußland antreten.

**Die Freiheit der Entscheidung hat die Republik auch den ehemaligen preussischen Prinzen gebracht.** Wilhelm's Sohn August Wilhelm und Joachim haben davon Gebrauch gemacht. Jetzt kann sie Papa nicht mehr mit Zimmerrat besetzen.

**Eine Denkschrift über den Mittelstandsausschuss.** Magdeburg ist im Eisenbahnministerium fertiggestellt und geht der Landesversammlung in nächster Zeit zu.

**Ein Munitionsskandal in Frankfurt a. M.** Durch Anzeige ist jetzt nachträglich ein Munitionsskandal überster Akt aufgedeckt worden. Es handelt sich um die Frankfurter Munitionsfabrik Helfferich, die im Krieg im großen Umfang Munition herstellte. Die Firma wird beschuldigt, Ränder, die als unbrauchbar zurückgewiesen waren, trotzdem verwendet und dafür höhere Bezahlung erlangt zu haben, als sie der wirklichen Minderung entsprach. Dies war ihr natürlich nur im Zusammenwirken mit den militärischen Abnahmestellen möglich. Die Angelegenheit hat bisher zur Verhaftung des Fabrikbesizers, seines Bruders, des Proturisten, eines Regierungsbaumeisters a. D. und eines Majors der betreffenden Abnahmestelle geführt. Weitere Verhaftungen in der Skandal-affäre dürften bevorstehen.

**Beitritt zum Völkerverband.** Der Vorsitzende der niederländischen Zweiten Kammer teilte in der heutigen Nachmittagssitzung mit, daß die Regierung während der Kammerferien, die am 10. Februar ablaufen, den Entwurf für ein Dringlichkeitsgesetz betreffend den Anschluß der Niederlande an den Völkerverband einbringen wird.

**Präsidentenwahl in Frankreich.** Die Kammer und der Senat Frankreichs sind für den 17. Januar zur Nationalversammlung nach Versailles einberufen, um die Wahl des Präsidenten der französischen Republik für die kommenden 7 Jahre vorzunehmen.

**Soziale Kämpfe in Spanien.** Ein Attentat auf den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Grager hat zahlreiche Proteste hervorgerufen. Die Regierung ordnete die Schließung der Lokale der Gewerkschaften an sowie die Aufhebung der beiden Gewerkschaftsorgane. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

**Nachspiel zum zweiten Attentat auf French.** Die amtliche Untersuchung, die von den britischen Gesandten in den Fällen eines gewaltsamen Todes vorgeschrieben ist, fand am 30. Dezember über die zwei Todesfälle, die sich gelegentlich des zweiten Attentats auf Lord French im Wöhring-Park ereigneten hatten, statt. Die Jury, welche irischer Nationalität war, erklärte, daß der getötete Wachtmeister durch Zufall durch seine eignen Soldaten getötet worden war. Die Soldaten bekundeten, daß der getötete Zivilist während des Kampfes mit dem Offizier getroffen war. Dennoch erklärte die Jury in ihrem Urteil, daß der Zivilist getötet wurde, als er sich nach Hause begab, und richtete eine Sympathieunterstützung an die Familie des getöteten Fren. Desgleichen sprach sie ihre Teilnahme der Familie des getöteten Offiziers aus.

**Ein Deserteursverband in der Schweiz.** In der Schweiz gibt es gegenwärtig noch etwa 25 000 Deserteure und Refraktäre, die in der Hauptfache Staatsangehörige der alliierten Mächte, da die meisten deutschen und holländisch-ungarischen Deserteure nach der Revolution in die Heimat zurückgekehrt sind. Unter den zurückgebliebenen Deserteuren aus den Entente-Ländern sind Vertriebenen im Gange, die dahin zielen, die gemeinsamen Interessen durch Bildung eines Verbandes zu vertreten. So ist bereits der Bund der italienischen Deserteure und Refraktäre gebildet worden, der den Rechtsanwalt Eugenio zu seinem Generalsekretär ernannt hat. Aus politischen Gründen droht jedoch dieser mit seinem Rücktritt und soll durch den Redakteur Massimo ersetzt werden, welcher während des Krieges in contumacia zum Tode verurteilt worden war und jetzt als Sozialist in die italienische Deputiertenkammer gewählt wurde.

# Lichtspiele

## Park-Lichtspiele

Wilhelmstadt (früher Luisenpark) Spielgartenstr.  
Heute bis einschl. Sonntag:  
**Indische Nächte**  
Film-Tragödie in 1 Vorspiel Iven Andersen  
u. 4 Akten. Hauptdarsteller: Fred Immler, Rudolf Klein-Rhoden, Wilhelm Prager.  
**Der Ring des Unbekannten**  
Kriminalistisches Drama in 5 Akten mit  
Erika v. Wagner, Ernst Stahl-Nachbaur.  
**Miss Lya aus Amerika**  
Lustspiel in 5 Akten mit Lya Ley in der Hauptrolle.  
Wochentags Anfang 6 Uhr, Sonntags Anfang 5 Uhr.

## Kammer-Lichtspiele

Ab Freitag bis Donnerstag  
nächster Woche  
**Rausch**  
6 Akte nach dem Bühnen-  
werk von Strindberg.  
Hauptdarsteller:  
Asa Nielsen,  
Anr. Aasi, Karl Weinhart, Frieda  
Richard, Grate Darks, Rudolf  
Klein-Rhoden, Hans Fiedler,  
Ragler, Ernst Lubitsch.  
Was die Kunst der Darstel-  
lung, die Inszenierung u. die  
packende, dramatische Wucht des  
Stoffs anbelangt, das Beste  
aller dieser erlebten  
Filmdramen.  
Die Callabio d. Verbrüderungs-  
Schwanz in 2 Akten mit Leo  
Peuffer, Herbert Danneberg,  
Sabine Impekoven  
Jed. Sonnt. 11 u. 1 Uhr u. Fr. Vorstell.

## Colosseum

**Und Liebe wandelt  
sich in Haß**  
spann. Gesellschafts-  
drama in 4 Akten.  
Lissy, der  
Spatzenschreck  
Eustspiel in 3 Akten  
mit  
Lissy Arna

## Tonbild-Theater

**Dunkle Pfade**  
packendes Drama in  
4 Akten.  
Erstklassige ungarische  
Darsteller. — Wunder-  
bare Photographie.  
In falscher  
Behandlung  
Eustspiel in 3 Akten  
mit  
Ilse Bois.

## Weißer Wand

**Die Braut des  
Cowboys**  
amerikanisches Wild-  
westdrama in 4 Akten.  
Sauptdarstellerin:  
Ria Jende.  
Lissys Tabakersatz  
toller Schwanz in  
3 Akten.

## Lichtspielhaus Panorama

**Entfesselte Leiden-  
schaften**  
Drama in 4 Akten.  
In der Hauptrolle die schöne,  
elegante  
Maria Widal.  
Haben Sie etwas  
gemerkt?  
ein Wadelspiel in 3 Akt. m.  
Paul Heidemann

Spielzeit: Wochentags 6-10.45 Uhr  
Sonntags 3-10.45 Uhr  
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

## Dauerwäsche

Verkaufe meine bekannte rein weiße Ia. Qualität mit und  
ohne Reint-Entlege sowie Vorrat, noch zu allen Preisen.  
Für neu interessierte Gebungen ist ein Aufschlag von  
20 Proz. hinz. Reparaturwerk. Ichne u. sauber ausgef.  
Lipaczewski, Breitweg 101, Eing. Wallstr., II.

## Eisen-Ofen

Einige wenig gebrauchte  
bessere, mittelgroße  
mit Schamotte-Einlage ver-  
kauft von Rühlmann & Bondz.  
Sachstraße, Schützenstr. 14.  
Telephon 6003

4386  
**DAS**  
stad die bewährten und  
sicher funktionierenden  
**Karbid-Wirtschaftslampen**  
Tisch-, Hänge-, Wand-, Schaffner-Lampen.  
**Rich. Kruse**  
Lübcker Straße Nr. 108  
Karbid-Verkaufsstelle.

Interessante Bücher!  
Geschäftsbriefsteller . . . 3.50  
Ehebelehre . . . 2.50  
Großes Traumbuch . . . 2.50  
Tanzbuch . . . 2.50  
Großes Liebesbuch . . . 2.00  
1000 Schababillie . . . 2.50  
Blie zum Entlarven . . . 2.00  
Großes Kochbuch . . . 2.50  
Großes Rätselbuch . . . 3.50  
Hochzeitgedichte . . . 2.50  
Praktischer Hausrat . . . 3.50  
Albumverze . . . 2.00  
Verlag Johanna Stopp,  
München, Hohenzollernstraße 71.

## Wilhelm-Theater

Freitag und Sonntag 7 1/2 Uhr  
**Wiener Blut**  
Sonabend  
Wo das Heiderlöl ein Dicht.  
Sonabend und Sonntag  
3 1/2 Uhr  
Häusel und Gretel.  
Montag Ehrenabend Kapell-  
meister Albert Wilhelm  
Ein Walzerkonzert.

## Fürstenthof-Prunksaal

Fernruf Nr. 7758.  
Kaffe 10-1, 5-8.  
7 Uhr: 131  
**Detektiv Janussen**  
Lorch-Familie  
Freudia  
Cortweh  
Panzer Fürst

## Fürstenthof-Tunnel

Eingang Viktoriastraße  
und Dedertstraße  
Tägliche  
— erstklassige —  
**Unterhaltungs-  
Konzert**  
Gute Getränke  
Gute Küche  
Mäßige Preise



## Zirkus-Lichtspiele.

Der große Deola-Welldfilm  
**Harakiri**  
die Geschichte einer jungen Japanerin.  
6 Akte, von Max Jungk, Regie Fritz Lang.  
In den Hauptrollen:  
Lij Dagover, Paul Blansfeld,  
Meinhard Maur, Rudolf Lettinger,  
Nils Prien

## Fräulein Mutter

Schauspiel in 5 Akten.  
In den Hauptrollen: Bruno Dsoaril,  
Käthe Haack, Lya Borde.

## Walhalla-Lichtspiele

Ab Freitag und folgende Tage:  
**Spiel eines Milliardärs**  
Gesellschaftsdrama in 4 Akten  
mit Theo Looß in der Hauptrolle.  
Benedikt Scheps,  
des weltberühmt. Meister-Detektivs 4. Abenteuer  
1000 gegen 1, wenn . . .  
Detektiv-Duelle in 3 Akten  
Benedikt Scheps, Rudi Dehler.  
Der Verführungskönig ist gefasst!  
Spielt wochentags 8 bis 10 1/2  
Sonntags 3 bis 10 1/2 Uhr.

## Tanz

Neu beginnen  
**T. Kiels**  
Kurse für Rund- und  
Gesellschafts- sowie  
für moderne Tänze.  
Übungssaal 'Belvedere'  
Fürstewall 6209  
Anmeldezettel 11 bis 1 und  
3 bis 7, Sonntags 11 bis 1,  
Diensttag und Freitag ab  
5 Uhr im Lokal.  
W. Kiel, Tanzlehrer  
Königsstraße 19, 1 Tr.

## Stadt Hamburg

6291 Weststraße 28  
Sonntags abend 8 Uhr  
**Groß Preisfest**  
Friedenswaren, bekom-  
men Sie gut und billig  
bei  
**Werner Müller**  
Magdeburg - Reustadt,  
Lübcker Straße 98.

## Müllers Weindiele

**Kabarett • Bar**  
Str. 9, Oberstr. Str. 9  
am Alten Markt.  
Tägliche  
4-Uhr-Rünstler-  
See  
unter Mitwirkung erstkl.  
Kabarettkünstler.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Januar-**  
**Schlager-Programm**  
James Sajo  
Irma Jäger  
Guett Wien-Berlin  
Ina Preßlin  
Gini Seif  
Bruno Wiesner  
Marion Selony.

## Stephanshallen

Direktion Rich. Froherz  
10. Erstklassige  
**Variété-Vorstellung.**  
Eintrittspreise: Wochentags  
1.00, Sonntags 1.48,  
bahi 20 Pf. Billetsteuer.

## Steinen Rauchtabak

Friedenswaren, bekom-  
men Sie gut und billig  
bei  
**Werner Müller**  
Magdeburg - Reustadt,  
Lübcker Straße 98.

## Stadttheater

Freitag den 2. Januar  
5. Abend. Weiße Karten.  
**Der Barberer u. Sevilla**  
Anf. 7 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.  
Sonabend Anfang 7 Uhr  
Robert und Vertram.

## Gesellschaftshaus Alter Fritz

Westler Straße 9 - Inh.: Alfred Ruchhof  
— Gedhiter Mittag- und Abendbisch. —  
Abonnement (Ermäßigung). Volle Pension preiswert.  
Reichhaltige Abendkarte (mit und ohne Kartes).  
Saal für Hochzeiten u. Festlichkeiten. Vereins- u. Klubzimmer.

## L.T. Lichtspiele Tivoli L.T.

Von Freitag bis Montag:  
**Wie ich Detektiv wurde . . .**  
spannendes Drama in 4 Akten.  
Joe Deebis — Harry Liedtke. 6311  
**Eine tolle Riste**  
lustige Liebesgeschichte in 5 Akten.  
Sauptdarsteller:  
Hilde Wolter — Karl Beckersachs.  
Das Theater ist gut geholt.

## Bereinen u. Gastwirten

empfehle ich meine  
Kappen sowie Scherzartikel u. Verlosungsgegenstände  
— Geben sämtliche Sachen auch in Kommission. —  
Otto Krüger, Magdeburg, Jakobstraße Nr. 8.

## U.T. Lichtspiele U.T.

Seute bis Montag  
Erstaufführung für Magdeburg!  
**Der Blick in den Abgrund**  
gewaltiges Drama in 5 Akten mit Käthe Haack  
in der Hauptrolle.  
**Dozu ein tolles Lustspiel.**  
Anfang wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.  
Eigene Scharanlage.

## Raucht Bonitas!

## Rot- u. Weißweinflaschen

kauft zu 40 Pf. das Stück  
**Otto Bastanier, Weingroßhandlg.**  
Breitweg 198. 67 Breitweg 198.

## Für alle Sorten Felle und Häute

erzielen Sie  
die allerhöchsten Preise  
nur in der  
**Leipziger Einkaufs-Zentrale**  
Hops, Magdeburg  
Jakobstraße 40 Jakobstraße 40  
Großabnahmestelle für Händler u. Sammler

## Robhaar-

Stützen u. Schlächterware  
Schweinehaare u. -borsten  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Emil Frieb**  
Bürstenfabrik  
Jakobstraße 55, L.

## Altmetalle

Altisen  
Tuchabfälle  
Lumpen aller Art  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**F. Hirschhorn**  
Magdeburg-Budau,  
Kartstr. 19. — Fernspr. 5998.  
Kaufe auch von Händlern.  
Jedes Quantum wird abgeholt.

## Salt! Wollen Sie

die höchst. Tagespreise für  
**Altmetalle**  
Haus-, Sad- u. Tisch-  
lumpen, Felle, Häute,  
Kopphaare und Wolle  
erzielen? Da verkaufen Sie  
nur bei  
**Linial & Blutstein**  
Kutzscherstr. 19. Fernspr. 2251

## Schafwolle

Felle und Häute,  
Kopphaare und  
Wolle  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**F. Hirschhorn,**  
Magdeburg-Budau,  
Kartstr. 19. — Fernspr. 5998.

## Speisezimmer

Wohnzimmer 4342  
Schlafzimmer  
Küchen-Einrichtungen  
sowie alle Einzelmöbel in gr.  
Ausw. preisw. Reimb. Fey  
Eubeul., Schöninger Str. 28

## Lichte!

Wash-, Kasser- u. Toiletten-  
Seife (nur beste  
Ware)  
Sohnermasse,  
zur Haarpflege:  
**Schwarzseife**  
alle  
Sorten  
Schaumwolle  
Shampoo-Raspel-  
pulver, Haarparabon  
u. Brillencreme

## Sofa gebraucht, gut er-

halten, billig zu ver-  
kaufen bei Thormann, 6310  
Wahrenstraße 21, 1. Etzppr.  
1 groß, schwarz elch. 4361  
Speisezimmer  
Büffet über 2 Mtr. groß, kom-  
plett, mit Stühle, für nur  
3200 Mtr. zu verkaufen. Gustav  
Jentzsch, Breitweg 150.

## Saarneze

alle  
Sorten  
Schaumwolle  
Shampoo-Raspel-  
pulver, Haarparabon  
u. Brillencreme

## Kleider-Selbst

Ia. Wolstoffe  
Flanell-Headentuch  
äußert billig. 4387  
Lina Baudert,  
Dvenstetter Str. 28.

## „Eta“-Waffe

zur Befreiung von Zahnpain  
Mundwasser  
Mundtabletten u. -augen  
Zahnbürsten  
nur beste Qualität.  
Zahnschmerzmittel.  
Ebona-, Augusta- u. Elektr.-  
Wasserhähne

## Wanted

blau, Mtr. 32  
blau, schwarz,  
Mtr. 34-52 M.  
herren- u. damenstoffe, blau  
und braun, Friedensqualität  
(Ramgang) nächster Tage  
Altenau, Wittagstr. 20, I.

## Zahnbürsten

nur beste Qualität.  
Zahnschmerzmittel.  
Ebona-, Augusta- u. Elektr.-  
Wasserhähne

## Photo-Apparate

5333 Ferngläser  
kauft zu hoch. Letzner, Burg,  
Dvenstetter Str. 21 (kein Tab.)

## Sautereme

Sametia- und Frostcreme.  
Ferner:  
Sachpulver  
Vanille- u. Zuder  
Schaumwolle  
Shampoo-Raspel-  
pulver, Haarparabon  
u. Brillencreme

## Gold- u. Silbermünzen

in jeder Form kaufte alle  
Porten zu höchsten Preisen  
(auch ausländisch). Hans Fiedler,  
Kaiserstraße 38, III. 6248

## Mad-So

towas sämtliche Artikel der  
intimen Körperpflege  
Mutterhellsäbe  
Frauenduschen.  
preiswerte wird auf Wunsch  
gratis übersandt.

## Burger Versandhaus

Burg b. M.  
8 Große Brahmstraße 8  
en gros — en détail  
Spezialhaus für Friseur-Artikel.  
Wiedervertäufte verlangen  
Preisliste W. 021

## Wollen Sie

die höchst. Tagespreise für  
**Altmetalle**  
Haus-, Sad- u. Tisch-  
lumpen, Felle, Häute,  
Kopphaare und Wolle  
erzielen? Da verkaufen Sie  
nur bei  
**Linial & Blutstein**  
Kutzscherstr. 19. Fernspr. 2251

## Seden Posten

Felle  
Häute  
Kopphaare und  
Wolle  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**F. Hirschhorn,**  
Magdeburg-Budau,  
Kartstr. 19. — Fernspr. 5998.

## Rostholder & Kesten

Rohprodukte 79  
Magdeburg-M.  
Weinbergstraße 15.  
Sammler  
erhalten hohe Preise.

## Zigarren

aus rein überreifen Tabaken  
in den Preislagen von 830 bis  
1050 Mtr., für Koffinwaren-  
händler, Restaurateure u. Ran-  
kieren passend, kauf, abzugeben.  
**Bernhard Sternor,**  
Immermannstr. 15. Fernspr. 6095.

## Brennholz

in Sägesplitten, 3tr. Mtr. 10.50,  
besaglichen sehr trocken  
Bretter 13 tr. Mtr. 12.00  
Lieferung prompt (115)  
Fr. Henkel, Holzhandlung,  
Lübcker Straße 25. Tel. 7839.

## Hundfleisch

Freitag u. Sonnabend v. 4 U. an  
Kraußbier Straße 38, Markolia.  
Transport prima Altmärker  
Ferkel und Fatterschweine  
sind billig zum Verkauf bei  
Fr. Dietrich, Magdeburg-  
straße 4, im Restaurant 6319

## Fatterschweine

la. Bremer  
Fatterschweine  
in Pöke Keber  
preiswerte zum Verkauf. 6293  
**Emil Denecke,**  
Wühlentstadt, Poststr. 86.

## Probst

Magdeburg, Berlinstraße 20/21  
Fernruf 6243 und 6244.

## Probst-Café

Täglich  
Sollstenkapelle Franke  
**Weinrestaurant u. Bar**  
Tafelmusik  
Kapelle Artur Kühne

## Probst-Saal

für Vereins- und Familien-  
Festlichkeiten.  
Ballkapelle Klaas.

## Altmarkter Hof, Tränberg 51

Freitag u. Sonnabend abend  
**Preis-Fest** 6308  
zur Verteilung gelangene  
Geflügel und Vögelleier.  
Frei. lobet ein Fr. Pracht u. Froh.

# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 7.

Magdeburg, Freitag den 9. Januar 1920.

31. Jahrgang.

## Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Der Entwurf des Betriebsratsgesetzes legt eine Dreifache in die alte und demokratische Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaften. Er bestimmt, daß in Zukunft zwei Betriebsratsmitglieder in diese Körperschaft einzutreten sollen unter Übernahme sämtlicher hiermit verbundenen Rechte und Pflichten. Es ist also darüber nicht mehr zu streiten, daß die Aufsichtsräte demokratisiert werden, sondern nur darüber, in welchem Umfang dies zu geschehen hat. Da glauben wir nun, daß die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes nicht genügen, sondern erweitert werden müssen in dem Sinne, daß die Betriebsratsdelegierten in einer der Größe des Aufsichtsrats numerisch entsprechenden Weise in diese Körperschaft eintreten.

Nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs für das Deutsche Reich besteht der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft mindestens aus drei von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die großen Gesellschaften haben jedoch statutarisch überall mehr Mitglieder festgesetzt.

Während den Aktiengesellschaften überlassen ist, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder durch Statut beliebig zu erhöhen, soll die Zahl der Betriebsratsmitglieder nach dem Entwurf keine Verringerung erfahren. Auch wenn der Aufsichtsrat aus 10 bis 20 Mitgliedern besteht, soll die Zahl der Delegierten des Betriebsrats die gleiche sein. Wir würden dann folgenden Zustand haben: Bei ganz kleinen Aktiengesellschaften, deren Aufsichtsrat nur drei Mitglieder umfaßt, hätten die Arbeiter und Angestellten den maßgebenden Einfluß, soweit nicht, um das zu verhindern, die betreffende Bestimmung des Gesellschaftsvertrags sofort geändert und eine höhere Zahl festgesetzt würde. Bei den größeren Aktiengesellschaften aber würden die ein bis zwei Betriebsratsmitglieder in keinem entsprechenden Verhältnis zur Gesamtzahl stehen, und da der Aufsichtsrat bekanntlich keine Tätigkeit korporativ ausübt und die Majorität entscheidet, nicht zur Geltung kommen. Die ganze Einrichtung ist also hier, wenn sie so bleibt, wie vorgeschlagen, gerade bei den großen und wichtigen Unternehmen zur Ohnmacht verdammt.

### zur Ohnmacht verdammt.

Die individuelle Aufsicht ist ausgeschlossen. Während also der Aufsichtsrat nur als geschlossenes Organ handelt, ist es natürlich möglich, daß er zur Wahrnehmung einzelner Funktionen Delegierte entsendet und Ausschüsse bildet. So kann er z. B. mit der Einsicht der Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie mit der Untersuchung der Geschäftsaffäre und der Bestände an Wertpapieren und Waren einzelne Mitglieder betrauen.

Wer die kontrollierende Funktion des Aufsichtsrats erstreckt sich nicht nur auf den Vorstand der Aktiengesellschaft, sondern auch auf die Maßnahmen der Generalversammlung. Eine Generalversammlung kann unter Umständen die vom Gesetz gezogenen Schranken nicht respektieren. Jedes einzelne Mitglied des Aufsichtsrats ist daher (im Gegensatz zur Vorstandskontrolle) Träger einer individuellen Aufsichtspflicht.

Der Aufsichtsrat ist aber nicht nur ein Organ der Aufsicht, sondern auch der Verwaltung. Die Verwaltungsgewalt beider Funktionen in einem Körper hat sich bewährt. Eine bloße Überwachung, ohne im Bereich der Geschäftsführung fallende Befugnisse, würde, wenn sie überhaupt durchführbar wäre, kaum wünschenswert sein. So hat der Aufsichtsrat in der Regel die Vorstandsmitglieder zu bestellen, zu suspendieren, zu entlassen, meistens kann er eine Geschäftsordnung erlassen, bestimmten Rechtsgeschäften die Genehmigung erteilen, über die Anlegung von Kapitalien und die Aufnahme von Anleihen beschließen.

In dritter Linie ist der Aufsichtsrat Vertretungsorgan. Grundsätzlich hat diese Aufgabe der Vorstand. Aber unter gewissen Umständen, in gewissen Ausnahmefällen, tritt an seine Stelle der Aufsichtsrat. Z. B. wenn es sich um Rechtsgeschäfte mit dem Vorstand handelt, wie

### Ausschlussverträge oder Kündigungen,

die Vorstandsmitglieder betreffen, Prozesse gegen sie usw.

Schließlich kommt noch eine sehr wesentliche und nützliche, allerdings nicht legalisierte, d. h. im Gesetz niedergelegte, aber mit den bereits erwähnten in Zusammenhang stehende Funktion in Betracht: die Beratung. Sie beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und ist mit bedeutenden Vorteilen für das Unternehmen in bezug auf Umsatz, Absatz und Ansehen verbunden, wenn es sich um Persönlichkeiten handelt, die auf geschäftlichem, technischem oder finanziellem Gebiet über große Erfahrungen verfügen und diese in den Dienst des Unternehmens stellen.

Es ist eine Fülle von Aufgaben, die hier auch die Delegierten des Betriebsrats erwarten. An diese Aufgabe knüpfen nun die Gegner der neuen Einrichtung in erster Linie an, indem sie behaupten, daß die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen in die Aufsichtsräte Entsandten für alle diese Dinge nicht genügend sachverständig sein werden, um sich an der Kontrolle zu beteiligen und mit ihrem Rate das Unternehmen zu fördern.

Allein diese Argumentation ist nicht stichhaltig. Die bisherige Zusammensetzung der Aufsichtsräte war durchaus nicht ausschließlich von dem Gedanken bestimmt, nur sachkundige Männer in diesem Organ zu haben. Es wäre interessant, einmal festzustellen, wieviel höhere Offiziere a. D., wieviel Herren von Gounho, wieviel Staatsbeamte mit hohem Titel und wie viele hervorragende und ehemalige Minister, an denen das alte Regime ja einen bedeutenden Uberschuß produzierte, in den Aufsichtsräten der deutschen Aktiengesellschaften noch heute vorhanden sind. Dazu kommt noch, daß bei Vergebung der Aufsichtsratsstellen

### das Bettern- und Appewesen

einen sehr großen Umfang hat und manchmal der ganze Aufsichtsrat durch den Einfluß des Direktors oder eines Aufsichtsratsmitglieds aus Verwandten des Direktors sich zusammensetzt.

Aber abgesehen von solchen meistens auf Betreiben des Vorstandes gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats, die lediglich ihrem Namen und ihren Beziehungen ihre Wahl in dieses Kollegium verdanken, kann man behaupten, daß die übrigen Aufsichtsratsmitglieder etwa auf allen den mannigfachen Gebieten sachverständig sind, die für eine Aktiengesellschaft in Betracht kommen? Die ganze Frage muß vielmehr unter dem Gesichtswinkel der Arbeitsleistung betrachtet werden. Da gibt es Bankiers, die ja in großem Umfang als Geldgeber des Unternehmens über Mandate verfügen, die in Finanzangelegenheiten gut Bescheid wissen. Da gibt es Juristen, die beim Abschluß von Kreditverträgen besonders gut informiert sind. Da gibt es Großindustrielle, die bei der Anknüpfung neuer Geschäfte herangezogen werden und dabei besonders nützlich sein können. Warum sollen nicht auch

### Arbeiter und Angestellte im Aufsichtsrat

mit ihrem sachkundigen Rat in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis betreffen, ebenfalls als besonders gut informiert in Betracht kommen?

Ein weiteres Argument, das gegen die Arbeiterdelegierten ins Feld geführt wird, besteht darin, daß durch sie ein Interessenkonflikt in der Verwaltung hineingetragen und heraufbeschworen werde. Diesen Konflikt denkt man sich folgendermaßen: Es werden z. B. neue arbeitssparende Maschinen eingeführt, die die Produktion verbilligen, aber die Arbeiterkraft schädigen, da sie momentan zu Entlassungen führen. Das Gesamtunternehmen hat ein Interesse an der Einführung dieser Maschinen und der Konflikt mit dem Betriebsrat resp. mit den Delegierten im Aufsichtsrat ist da. Diese Verallgemeinerung ist nicht nur nicht richtig, sondern das Gegenteil ist zutreffend: Gerade den Arbeitern kommt ein wesentlicher Anteil an den Erfindungen zu. Zahlreiche Anregungen und technische Verbesserungen an den Werkzeugen, Apparaten und Maschinen, an denen sie arbeiten, sind auf ihr Konto zu setzen.

Zum Schluß sei noch auf eins hingewiesen. Wird die hier behandelte Bestimmung des Entwurfs über die Betriebsräte Gesetz, dann werden die Arbeiterdelegierten gut tun, sich im Aufsichtsrat durch irgendeine Reform dieses sehr reformbedürftigen Instituts einzuführen. Da wäre keine geeigneter, als daß sie mit einer auch sie selbst berührenden Aenderung in dem bisher

bestehenden Vergütungssystem beginnen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nämlich bisher meistens in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung stehende Vergütungen. Daher sind die Aufsichtsratsposten, namentlich bei größeren Aktiengesellschaften, sehr gesucht. Nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs hat der Aufsichtsrat überhaupt keinen bestimmten Anspruch auf Vergütung. Aber die Statuten der Gesellschaften lassen Lantien zu. Die erste Aufgabe der Arbeitervertreter im Aufsichtsrat muß daher sein, diese unverdienten Anwendungen aus dem Gesamtergebnis an einzelne zu beseitigen. Das Lantienemphistem muß durch das der festen Vergütung ersetzt werden.

Dr. Oskar Stille.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. Januar 1920.

### Reichstarifvertrag im Versicherungsgewerbe.

Zu etnem mit dieser Ueberschrift in der Mittagsausgabe der „Magdeburger Zeitung“ vom 6. d. M. und Sonntagsnummer des „General-Anzeigers“ vom 4. d. M. erschienenen Artikel des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmen in Berlin erwidert der Zentralverband der Angestellten, daß die Auslegungen des Bescheides des Reichsarbeitsministers durch den Arbeitgeberverband nicht richtig sind und absolut man dem Bescheide des Ministers entsprechen.

Der Wortlaut des Schreibens des Reichsarbeitsministers an den Arbeitgeberverband vom 31. 12. 19 — Nr. B. B. 7102 — ist wörtlich wie folgt:

Zum Schreiben vom 10. 12. 19.

Die im vorstigen Schreiben angeführte Entscheidung entspricht der im Reichsarbeitsministerium ständig vertretenen Rechtsauffassung. Die Verbindlichkeiterklärung eines Tarifvertrags schafft einen neuen Rechtsgrund für das Bestehen des Vertrags; sie wird auch nicht von dessen Kündigung betroffen. Der hier verbindlich erklärte Tarifvertrag verliert erst dann seine Wirksamkeit, wenn nach Ablauf desselben die allgemeine Verbindlichkeit durch das Reichsarbeitsministerium wieder aufgehoben wird. Das wird regelmäßig geschehen, wenn der Vertrag durch Fristablauf oder Kündigung endet. Ausnahmeweise kann jedoch die Verbindlichkeit aufrechterhalten werden, wenn bereits über einen neuen Vertrag Verhandlungen eingeleitet sind oder bevorstehen, von denen zu erwarten ist, daß sie zu einem baldigen Ergebnis führen werden. Die Verbindlichkeiterklärung des neuen Vertrags wird alsdann an die des alten Vertrags angeschlossen und eine vertragslose Zeit im Interesse aller Beteiligten vernieden.

Im übrigen habe ich auf den dortigen Antrag das Aufhebungsverfahren eingeleitet. J. A.: gez. Kaufmann.

Hieraus geht als unabweisbar hervor, daß der als allgemein verbindlich erklärte Reichstarifvertrag vom 12. Mai 1919 erst durch das Reichsarbeitsministerium wieder aufgehoben werden muß. Bis zum Tage der Aufhebung behält er in vollem Umfang seine Gültigkeit. Der Arbeitgeberverband hat u. E. dieselbe Auffassung, denn sonst hätte er das Aufhebungsverfahren nicht beantragt.

### Die Sachlage ist nun folgende:

Der Reichstarifvertrag ist gekündigt, Verhandlungen für den neuen Vertrag sind versucht, und das Reichsarbeitsamt hat bereits drei Vor schläge für Verhandlungsmöglichkeiten vorgelegt. Verhandlungen sind also un mittelbar bevorstehend. Das Aufhebungsverfahren ist durch den Arbeitsminister eingeleitet, aber eine Entscheidung noch nicht getroffen. Der Vertrag besteht daher, wie oben gesagt, zu Recht. Auch liegt die Möglichkeit nahe, daß mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen die Verbindlichkeiterklärung über den 1. Januar 1920 hinaus bis zum Abschluß des neuen Vertrags ausgedehnt wird.

Die Angestellten im Versicherungsgewerbe können daher auch heute alle ihnen nach dem Reichstarifvertrag vom 12. Mai 1919 zustehenden Rechte beanspruchen.

## Grete Fillunger.

Roman von Alfred Vol.

(16. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Der Ratsherr, der den Wind im Gesicht hatte, trotzte weiter.

„Auf was ist das Schindvoll neidisch?“ sprach Gonder, seinem Weg fortziehend, bei sich. „Nicht auf mein Geschäft. Daß ich die bewunderte Frau gekriegt hab, das können sie nicht verkraften!“

Gold spielte die erste Violine in der Welt. Theobald, obgleich er bereits einen Teil seiner Schuld an Mühlmann abgetragen, hatte mehr Kapital, als er für seinen kleinen Betrieb brauchte. Wer Geld hatte, sollte es nicht vergraben, sollte es setzen lassen. Und wo war es am besten angelegt? In einem guten Geschäft. Sein Motor, seine Maschinen ermdolligten ihn, jeden Tag die Mehrgerei zu vergrößern. Brauche er die Mode darauf, machte seine Frau ein Geschäft, als ob sie Sauerampfer gegessen hätte. Darin war sie bei ihrer Geschäftlichkeit tüchtig und kurzglücklich. Es gehörte zwar in ein anderes Kapitel, aber das fuchte ihn auch barbarisch, daß sie nur widerwillig seine Bäckchleiben trug. Er war doch keiner von der untreuesten Sorte. Hatte sie einen Abscheu vor ihm? War sie damals auch so zimper gewesen, wie sie das Gerwen mit dem Ludwig Jbold hatte? Nun war der Weimörsch wieder im Lande. Schwirbelte ihr der am Ende noch durch den Kopf? Gonder stieg das Blut ins Gesicht. Unwillkürlich griff er nach dem Messer, das in seinem Gehörtschaft. „Gewitterbund!“ „Sacht, sacht!“ beschwichtigte er sich. Das waren Einbildungen, weiter nichts. Er würde ums Verrecken nicht den Windfänger machen. Der Jbold, der Jlausaus, konnte ihm den Wudel herunterrutschen. Der Fisch, den er, Theobald Gonder, gefangen, sprang ihm nicht mehr aus der Pfanne.

Mit hochgezogenen Brauen, den Numpfen geradgerichtet, schritt er dahin, wie ein Mann, der sich fühlt. Bald war er vor seinem Haus und trat in den Laden.

Grete, die hinter der Thele stand, empfing ihn mit den Worten:

„Is ist ein Herr drin, der Dich sprechen will!“ Er ging in die Ladenstube.

Ein ältlicher Mann mit entzündeten Augen, die durch eine goldene Brille sahen, erhob sich und stellte sich vor:

„Schmeling aus Frankfurt am Main!“

„Was wünscht der Herr?“

„Ich bin Vertreter in der Lebensmittelbranche,“ sagte der Fremde, „und wollte einmal hören, ob ich Ihre Fleischwaren verkaufen kann.“

Gonder bat den Agenten, Platz zu behaupten, und ließ sich selbst nieder.

„Nennen Sie denn meine Ware, Herr Schmeling?“

„Gewig, Weister. Ich würd mich sonst nicht um Ihre Ver-  
kaufung betreiben. Ich bin schon seit zwei Tagen hier. Ich hab

mit Verschiedenes aus Ihrem Geschäft holen lassen, natürlich auch aus Konkurrenzgeschäften, und sind, Sie ließen bei weitem das Beste!“

„Wissen Sie warum?“ sagte Gonder geschmeichelt. „Ich hab mich in der Welt umgesehen und hab was gelernt!“

Er rief seine Frau herein und machte sie mit dem Agenten bekannt. Dieser erzählte, er habe in Frankfurt an hundert treue Kunden. Er betreibe eine Thüringer Großschlachtere. Die habe in letzter Zeit die Abnehmerzahl so schlecht bedient, daß die Ware vielfach zur Verfügung gestellt worden sei. Er wolle mit den Leuten brechen. Nun handle es sich darum, ob Gonder in der Lage sei, wöchentlich größere Mengen Fleischwaren zu versenden.

„Das versteht sich,“ versetzte Theobald. „Ich bin so eingerichtet, daß ich das Doppelte und Dreifache herstellen kann!“

Schmeling machte eine Harabergbewegung.

„Dann werden wir uns schnell einigen!“

„Was verlangen Sie für Ihre Bemühungen?“

„Nur meine Provision, Weister. Fünf Prozent.“

„Daß Sie die Ware an den Mann bringen, glaub ich gern,“ warf Grete dazwischen. „Wann kriegen wir aber das Geld dafür?“

Der Agent lächelte.

„Da können Sie ohne Sorge sein, Frau Gonder. Bei meiner Kundenschaft heißt's: heut die Ware, morgen das Geld. Ich bin geborener Frankfurter und kenn den Platz genau. Sind Sie erst einmal eingeführt, bekommen Sie mehr Aufträge herein, als Sie bewältigen können.“

„Oho!“ rief Theobald. „Ich werd Ihnen meine Anlagen zeigen.“

„Das ist mir recht,“ sagte Schmeling. „Ich kann dann meinen Abnehmern auch Mebe sehen.“

Er ließ sich herumführen, nahm die Wurststücke im Augenschein, den Schlachtraum, die Rauchkammer, die Kühlkammer und die Stallung.

Die Sauberkeit, die überall herrschte, ärgerte er, erweckte ihm vornehmlich Vertrauen. Er besprach mit dem Meister alles, was ihm für die künftige Geschäftsverbindung notwendig schien. Schon in den nächsten Tagen gedachte er mit seiner Tätigkeit zu beginnen.

Als er sich verabschiedet hatte, sagte Theobald zu seiner Frau:

„Da sieht man's wieder: gute War' empfielt sich selber. Mit dem Schmeling, das wird ein feines Geschäft!“

„Du kennst ihn ja gar nicht,“ erhob Grete ihre warnende Stimme. „Er Du was anfängst, erkundig Dich über ihn.“

Theobald runzelte die Stirn.

„Ich kann's ja machen, aber das Geld für die Auskunft ist herausgeschmissen. Man merkt doch wohl, wen man vor sich hat.“

„Is ist ein ordentlicher Mann.“

Er legte das Gehör, das er noch anhatte, beiseite und sprach weiter:

„Die Sack' paßt Dir nicht, gelte? So bist Du. Das mußst Du einsehen, Grete, ich bin mit meiner Mehrgerei verlobbet, hab

meine Freud von und will Staat damit machen. Nicht nur hier, auch draußen. Je mehr sie sich ausspannt, desto besser. Gud, Grete. Du hast einen Kopf wie ein Pichmür, im Laden und bei den Büchern mücht ich niemand anders haben wie Dich. Und doch — daß Du in dem Geschäft nicht groß geworden bist, hängt Dir immer nach!“

Um Gretes Mund legte sich ein harter Zug.

„Daß ich in dem Geschäft nicht groß geworden bin, ist wahr. Aber so viel weiß ich, man stärkt sich nicht in wilde Hände und hat sein Geld nicht, um's zu verlaborkeren!“

Kunden kamen, die bedient sein wollten. Die Weistensfrau ging in den Laden.

Theobald begab sich zu seinem Nachbar, dem Kaufmann Sauer, und bat diesen, eine Erkundigung über den Agenten Schmeling in Frankfurt einzuziehen.

Die Auskunft traf nach ein paar Tagen ein. Sie lautete, Schmeling entstamme einer guten Familie, er habe früher einen Großhandel in Kolonialwaren betrieben, habe das Geschäft aufgelöst und seine Gläubiger voll bezahlt. Als Vertreter sei er bei seiner Kundenschaft beliebt. Wenn er auch nur über beschränkte Mittel verfüge, könne man ihm in Hinblick auf seine Ehrenhaftigkeit einen kleinen Kredit gewähren.

Triumphierend las Gonder seiner Frau die Auskunft vor.

„In keinem Geschäft hat der Herr, Schein's, nichts von sich gebracht,“ sagte Grete.

„Is gibt so Leut,“ gab Gonder seine Ansicht kund. „Die können für sich nicht häuseln, für andoe holen sie's heraus.“

Er bestellte gleich Briefbogen, Rechnungen und Kuverts mit dem Aufdruck: Wilhelm Mühlmanns Nachfolger, Inhaber Theobald Gonder, Großschlachtere und Fleischwarenverfasser.

Die Probeabzüge wurden ihm vorgelegt. Er konnte sich schwer davon trennen. Großschlachtere und Fleischwarenverfasser, wie wunderbar das Klang! Das Herz hüpfte ihm in der Brust. Seine Konkurrenten, die Maulschreien, würden gauzen. Nur zu. Die Freie, die ihm gebührte, mußten sie ihm geben.

Eine Woche verging. Bis Schmeling die ersten Aufträge schickte. Sie hatten nicht viel zu bedeuten. Die Kundenschaft, schrieb er, wolle sich erst von der Güte der Ware überzeugen. Theobald führte alles aufs sorgfältigste aus. Die Rechnungen wurden bezahlt und die Nachbestellungen waren so beträchtlich, daß Gonder die Schladtung vermehren mußte. Grete verglich die Verschickungskosten der Ware mit den Preisen, wie sie der Agent für Frankfurt angesetzt hatte, und sie stellte fest, daß bei dem Versandgeschäft blumigem übrigbliebe. Das schade nichts, meinte Gonder, der große Umsatz solle es bringen. Er verkaufte den Braumen, den er von seinem Vorgänger übernommen hatte, schaffte sich zwei Schinmel an und fuhr damit, stolz wie ein Spanier, zum Einkauf aufs Land. Der Ratsherr, Holz, der sich der besondern Gunst des Meisters erfreute und in der Wurstküche mancherlei zu erschmeicheln mußte, sagte:

„Wer so ein Geschäft hat und so ein Gespann, den kann der Welt ein Rübchen schaden!“

# Der Kolbiger Mord vor dem Schwurgericht.

Der Arbeiter Otto Ziem in Kolbitz starb am 24. Juni 1919. Auf Betreiben der Brüder des Verstorbenen fand am Tage nach dem Tode eine Besichtigung der Leiche und der Wohnung durch den Wachtmeister und den Kreisarzt statt, die hinreichende Beweise ergaben, anzunehmen, daß der Tod nicht auf natürliche Weise eingetreten sei, sondern daß durch die Ehefrau des Verstorbenen, Anna Ziem geb. Schlerhorn, und deren Mutter der Tod gewaltsam herbeigeführt worden ist. Bei dem am 2. Juli stattgefundenen Lokaltag hat sich die Mutter während der Zeugenvernehmung erhängt. Die Ehefrau befindet sich seitdem in Untersuchungshaft und hatte sich nun am Mittwoch vor den Geschworenen zu verantworten. Die Anklage legt ihr zur Last, in der Nacht zum 24. Juni 1919 ihren Ehemann vorsätzlich und mit Heberlegung in Gemeinschaft mit ihrer Mutter getötet zu haben. Die Verhandlung findet bei starkem Andrang zum Hörsaalraum statt. Aus der Vernehmung der Angeklagten ergibt sich folgendes:

Die Angeklagte Anna Ziem ist am 21. September 1885 in Magdeburg geboren. Im Jahre 1908 schloß sie mit dem jetzt verstorbenen Otto Ziem die Ehe. Ueber die Verhältnisse in der Ehe sagt die Angeklagte aus, daß es bis zum Kriegsausbruch zu ernstlichen Differenzen nicht gekommen ist. Während des Krieges war der Mann im Felde und ist erst Ende 1918 aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Die Angeklagte arbeitete während dieser Zeit wie schon vor dem Kriege bei dem Landwirt Braumann. Die Wittfrau erkrankte 1918, und da dann die Angeklagte die Wirtschaft des Braumanns führen sollte, zog sie zu ihm. Die Frau des Braumann ist halb darauf gestorben. Nachdem Ziem aus der Kriegsgefangenschaft 1918 zurückgekehrt war, wollten beide Eheleute im Hause des Braumann. Der Ehemann soll nun nach seiner Rückkehr aus dem Felde sehr oft ungerade gewesen sein und der Angeklagten sowie ihren Brüdern und ihrer Mutter gedroht haben, sie umzubringen. Dies habe die Angeklagte auch der Gemeindefreiwirtschaft mitgeteilt. Ziem ist dann erstmalig im April und dann im Mai sehr krank geworden. Der Arzt hat zunächst ein herzstärkendes Mittel verschrieben, später Morphium. Von diesem Morphium ist zubiet verbraucht. Die Angeklagte behauptet, der Mann habe es sich selbst genommen. Er wollte von der Angeklagten nichts mehr einnehmen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag den 23. Juni soll nun der Mann auf die Angeklagte mit einem Schälleisen in der gemeinsamen Schlafkammer eingedrungen sein. Sie habe sich daher in Notwehr befunden, es habe sich zwischen der Angeklagten und ihrem Mann ein Kampf entspannt, in dessen Verlauf sie ihren Mann auf sein Bett zurückgedrängt habe, ihm das Schälleisen entnommen und den Ehemann dann mit einem Schälleisen über den Kopf geschlagen habe. Ob sie auch mit dem Schälleisen geschlagen hat, will die Angeklagte nicht wissen. Als sie ihm die Wunde auswaschen wollte, habe er es ihr verboten und es selbst getan. Am Montag sei das Befinden des Ziem ziemlich gut gewesen. Am Nachmittag ist er auch aufgegangen. Auf dem Hofe hat es zwischen den Eheleuten Streit gegeben, angeblich, weil er einen Strich haben wollte, den ihm die Angeklagte nicht gab. Sie habe vielmehr ihre Mutter gerufen und der Ziem ist dann wieder ins Zimmer gegangen. Am Abend ist ein Bruder der Angeklagten bei ihm gewesen, der von der Wunde nichts gesehen habe. Die Nacht zum Dienstag ist ruhig verlaufen. Um 5 Uhr ist die Angeklagte aufgestanden und hat das Vieh gefüttert. Als sie gegen 6 Uhr in die Stube kam, trieb ihr Mann vor dem Bett und hatte sich einen Strich um den Hals gelegt. Sie habe ihm den Strich weggenommen und auf die Kommode gelegt. Dann sei sie zu ihrer Mutter, Frau Schlerhorn, gegangen und habe sie gebeten, zu ihr zu kommen und ihr zu helfen, damit sie beim Manne bleiben könne. Gegen 10 Uhr ist die Angeklagte wieder herausgegangen zum Füttern. Als sie gegen 11 Uhr wieder in die Stube trat, sei ihr die Mutter entgegengekommen und habe gesagt: „Otto ist schon tot“. Sie habe sich einen Strich um den Hals gelegt und den habe sie noch einen Augenblick zugezogen und dann sei er tot gewesen. Sie sagte weiter, daß sie das fenne, es sei bestimmt Herzschlag gewesen. Die Angeklagte habe das geglaubt und sich auch den Hals nicht nach Druckstellen angesehen. Die Mutter habe die Leiche gewaschen und ein Bett mit Hilfe der Angeklagten auf den Boden gebracht. Am nächsten Tage hat die Mutter den Todesfall dem Standesamt gemeldet. Bei den ersten Vernehmungen hat die Angeklagte ausgesagt, der Tote hätte einen Schußwund erhalten, hätte aus dem Fenster springen wollen und habe sich dabei durch den Fall auf die Kniekehle, die unter dem Fenster stand, die Kopfwunde zugezogen. Nachdem die Mutter sich bei dem Lokaltag am 2. Juli erhängt, schildert die Angeklagte das Verhör wie heute, das die Mutter schwer belastet. Die Mutter soll auf Ziem eine furchtbare Wut gehabt haben.

In der Weisaufnahme sagt Christian Ziem, der Bruder des Verstorbenen, aus, daß Otto Ziem ihm einmal erzählt habe, daß er seine Frau wegen ihres Verhältnisses mit Braumann zur Rede gestellt habe. Er glaube, diese beiden wollten ihn vergiften, da er einmal eine Suppe erhalten habe, die er jedoch nicht aß. Der Hund, der sie bekam, wurde darauf krank. Als der Zeuge die Mitteilung vom Tode seines Bruders erhielt, habe er sofort Verdacht geschöpft und auch am Tage darauf diesen Argwohn dem Gendarmen mitgeteilt. Friedrich Ziem ist am Todesort bei der Angeklagten gewesen und hat ihr und der Mutter Vorwürfe gemacht, daß sie ihm keine Nachricht gaben. Ihm wurde erwidert, der Tote sei ganz ruhig entschlafen. Wunden hat der Zeuge nicht gesehen.

Der Zeuge Braumann bestätigt, daß die Angeklagte seit 1916 seine Wirtschaftlerin war und er mit ihr auch geschlechtlich verkehrt habe. Die Angeklagte hat zum Zeugen geäußert, ihr Mann habe die Absicht, den Zeugen zu töten. Von einem Streite der Eheleute in der Nacht zum Montag habe er nichts gehört. Am Montagabend hat die Angeklagte ihm erzählt, ihr Mann sei mit dem Schälleisen auf sie eingedrungen und sie habe sich tüchtig wehrt. Von dem Tode hat der Zeuge erst erfahren, als er Dienstag mittag vom Felde nach Hause kam. Der Gemeindefreiwirtschaftler Konrad sagte die Angeklagte, ihr Mann habe Wundgebanen. Dann ist die Angeklagte zu ihr gekommen und hat ein härteres wirkendes Beruhigungsmittel für den Mann verlangt. Als die Schwester es ablehnte, da der Mann in seinem geschwächten Gesundheitszustand leicht dabei wäre erhalten worden, soll die Angeklagte geäußert haben, das wäre nicht allzu schlimm, da es etwas Meines mit ihm doch nicht würde. Der Gendarmewachtmeister Fänger hat auf Veranlassung des Christian Ziem am 28. Juni die Leiche besichtigt und dabei die klaffen Kopfwunde und die Strangulationsmerkmale am Hals entdeckt. An der Wand waren notwendig abgewaschene Blutspuren zu sehen. Hinter der Kommode, die jetzt an die Stelle des Krankenbettes gerückt war, fanden sich weiter starke Blutspuren an der Wand und auf dem Fußboden. Die Angeklagte erzählte zunächst, ihr Mann sei aus dem Fenster gestürzt. Als am Nachmittag desselben Tages eine weitere Besichtigung in Gegenwart des Kreisarztes stattfand, erzählte die Angeklagte den Vorgang so, daß sie ihren Mann in der Notwehr mit dem Schälleisen geschlagen habe. Die Mutter der Angeklagten wollte von nichts wissen. Es wird dann ein Brief der Mutter vorgelesen, der bei dieser Gelegenheit nach dem Erhängen. Sie gibt darin an, daß sie schuldlos sei. Der Kreisarzt sagt aus, daß sowohl die Angeklagte als auch einer ihrer Brüder bei ihm gewesen seien. Die Angeklagte habe Morphium gefordert, das er ihr nicht gab, da das erste zu früh verbraucht war und der Kranke zum mindesten äußerst schwach sein mußte. Der Bruder hat am 21. Juni verlangt, den Kranken nach Uhlspitze zu bringen. Bei der Vernehmung im Hause des Braumann am 29. Juni waren die beiden Frauen zunächst sehr gleichgültig, erst die Untersuchung der Leiche und das Auffinden der Schälleisen brachte sie in Erregung. Die Zeugin Freiestadt hat in einem Kleide der erhängten Mutter einen Zettel

gefunden mit der Aufschrift: „Ich bin an Ottos Tode schuldig. Anna ist unschuldig.“ Diesen Zettel bestätigte auch der Zeuge Fänger. Der Zettel ist in den Besitz einer der Brüder der Angeklagten gelangt und verschwunden.

Die Zeugenvernehmung ist damit beendet. Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

**— Noch einmal Steuern!** Der städtische Haushalts-Ausschuß hat am Mittwoch nach langwierigen Beratungen beschloffen, zur Deckung des großen Fehlbetrags im Haushaltsplan den Betrag von 90 Prozent Gemeindefteuerzuschlag nachzuverheben. Der Magistrat hatte zunächst 100 Prozent für nötig erklärt, da rund acht Millionen Mark Fehlbetrag zu erwarten sind. Es wird also gewissermaßen ein fünftes Steuerbierteljahr eingeführt, dabei allerdings nur die Gemeindesteuern, nicht aber die Staatssteuern erhoben. Einkommen bis 1500 Mark bleiben auch weiterhin von der Gemeindefteuer befreit. Die Stufen von 1500 bis 2100 Mark waren bisher mit 200 Proz., die von 2100 bis 2400 Mark mit 300 Proz. belegt, während der allgemeine Zuschlag 360 Prozent der Staatssteuer betrug. Da dieser allgemeine Zuschlag nunmehr auf 450 Prozent erhöht wurde, so schloßen die sozialdemokratischen Vertreter im Haushaltsausschuß vor, die Einkommen von 1500 bis 3000 Mark entsprechend dem Gemeindefteuernachschuß niedriger zu belasten als die höheren. Der dadurch entstehende Anfall an Steuerertrag sollte bei den höheren Einkommensstufen wieder eingebracht werden. Schließlich wurde ein einstimmiger Beschluß dahin gefaßt, daß bezahlten sollen die Einkommensstufen von

1500—1650 Mark . . . . .	135 Prozent
1650—1800 . . . . .	180 „
1800—2100 . . . . .	225 „
2100—2400 . . . . .	270 „
2400—2700 . . . . .	315 „
2700—3000 . . . . .	360 „
3000—3900 . . . . .	405 „
Aber 3900 Mark . . . . .	450 „

Dieser Zuschlag ist aufs ganze Jahr gedacht und der fehlende Betrag wird in einer fünften Vierteljahrsrate eingezogen. Wenn möglich, soll diese Steuervorlage noch in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erledigt werden. Es ist zu erwarten, daß die Annahme mit großer Mehrheit erfolgt, da die Demokraten ihr Einverständnis mit dieser Regelung ausgesprochen haben.

**— Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft.** Am 10. 11. und 12. Februar d. J. wird die Deutsche Kolonialgesellschaft wiederum in Magdeburg tagen. Die Auswanderung, die Siedlungen hier und über See, das Zusammenhalten der Deutschen im Auslande wird unter anderem der Hauptgegenstand der Beratungen sein.

**— Die Magdeburger Versicherungs-Angestellte haben, wie W. L. B. meldet, beschlossen, der von Berlin ausgehenden Parole Folge zu leisten und am Freitag früh in den Streik zu treten.**

**— Gegen Kommunalisierung von Handel, Handwerk und Kleingewerbe** hielt am Dienstagabend der demokratische Abgeordnete Kopp (Berlin) einen Vortrag. Die demokratische Partei scheidet jeder Sozialisierung feindlich gegenüber. Nach Ansicht der Sozialisten sei die Sozialisierung notwendig, weil nur durch sie die Gesamtproduktion gesteigert und gehoben werden könne. Doch seien gerade bei der Eisenbahn, einem sozialistischen Betrieb, die schlimmsten Streiks eingetreten, sei die rückwärtsloseste Sabotage getrieben worden. Die Stimmung im Lande gehe dahin, daß sich das gesamte Volk nach dem Tage sehne, wo die Zwangswirtschaft, die durch den Krieg eingeführt werden mußte, aufgehoben werde. Wie es scheint, verwechselt auch der Arbeiter-Zwangswirtschaft mit Sozialisierung. Der zweite Referent, Dr. Reinartz, erklärte, Sozialisierung sei gleichbedeutend mit Untergang. In einer Enschließung wurde sich die Versammlung gegen die Kommunalisierung wichtiger Geschäftszweige.

Zu bemerken ist hierzu, daß das freie Spiel der Kräfte weder dem Volk im allgemeinen noch dem Kleingewerbe dauernd Lebensmöglichkeiten gegeben hat. Wird drauflos sozialisiert wird die Sozialdemokratie nicht, selbstverständlich soll gewissenhaft nach der Wirkung in jedem Einzelfall geforscht werden. Die wilde Anarchie in Produktion und Handel, die in der Vergangenheit gewaltet hat, für alle Zukunft wieder zu entseffeln, kann nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen.

**— Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.** Unter Hinweis auf die in den letzten Tagen veröffentlichten, für die Festsetzung der Gas-, Wasser- und Strompreise maßgebenden Kohlenklauseln wird vom Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß nach den in der Stadtverordneten-Versammlung vom 18. Dezember 1919 gefaßten Beschlüssen beträgt:

der Gaspreis vom 10. November 1919 an	58 Pf.
der Wasserpreis vom 10. September 1919 an	27 Pf.

Der Strompreiszuschlag von Ende Dezember 1919 an wird noch festgesetzt.

**— Die Marmeladenversorgung.** Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: „Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Ernährungs-wirtschaft ließ sich auch für das neue Wirtschaftsjahr auf die öffentliche Verwaltung und Nationalisierung der Marmelade nicht verzichten. Auf Veranlassung der zuständigen Regierungsstellen wird die Marmelade daher auch im neuen Wirtschaftsjahr unter der Kontrolle der Reichsstelle für Gemüse und Obst und der Reichsgesellschaft für Obstkonserver und Marmeladen hergestellt und durch Vermittlung der zuständigen Verteilungszentralen und Kommunalverbände an die Verbraucher verteilt. Das Reichswirtschaftsministerium ist sich über die Marmeladenbewirtschaftung nunmehr dahin schlüssig geworden, daß bei der Herstellung der Marmelade Streckungsmittel nicht mehr Verwendung finden. Die Marmelade wird vielmehr aus Zucker und Obst bestehen, und zwar aus 50 Prozent Zucker und 50 Prozent Obst. Durch Ausschaltung der Streckungsmittel und durch Verwendung des reinen Obstes stellt sich naturgemäß der neue Marmeladenpreis höher als bisher, wo die billigeren Streckungsmittel Verwendung fanden. Die Ursache liegt ferner auch darin, daß infolge der Notwendigkeit für die Marmeladenherstellung benötigte Zucker zum beträchtlichen Teile aus dem Auslande eingeführt werden muß, wofür unter Berücksichtigung der ungünstigen Valuta außerordentlich hohe Preise zu bezahlen sind. Der Preis für das Pfund ungeschreddete Marmelade stellt sich auf 3,24 Mark, doch ist nicht ausgeschlossen, daß der Preis noch eine geringe Erigerung erfährt. Mit der ersten Marmeladenverteilung dürfte Ende Januar begonnen werden.“

Wenn uns die „ungestreckte“ Marmelade ebenso sicher wie die der ungeschreddete Preis, dann wäre das noch ein kleiner Trost. Aber wir werden wohl wieder „Mischmarmelade“ essen müssen, die mit einem Eubendgel bezahlt werden muß. Wenn die staatlich kontrollierten Produktionsanstalten nicht „irreden“, was es andere Stellen.

**— Wem gehört der Sattel?** Am 5. d. M. wurde im Geschäft eines hiesigen Althändlers ein gebrauchter Militär-Reitattel — Armerjattel für Mannschaften — durch drei junge Leute zu verkaufen versucht. Sie gerieten bei den Verkaufsverhandlungen in Verlegenheit, bedienten das Verkaufslokal und ließen den Sattel zurück, so daß anzunehmen ist, daß sie denselben durch eine strafbare Handlung erworben haben. Sachdienliche Mitteilungen werden von der Kriminalpolizei, Zimmer 65, erbeten.

**— Demonstration der Erwerbslosen.** Am Mittwoch fand eine Erwerbslosenversammlung statt, die Forderungen auf Erhöhung der Unterstützung aufstellte. Die steigende Teuerung laßt schwer auf den Arbeitslosen, es ist nur zu begreiflich, daß sie Hilfe suchen. Man kritisierte scharf die Ablehnung einer Weihnachtshilfe an die Erwerbslosen. Die an ihrer Stelle in Aussicht gestellte Winterbeihilfe wird für unzureichend erklärt. Die Versammelten begaben sich in geschlossenem Zuge zum Rathaus und ließen durch eine Deputation dem Magistrat ihre Wünsche zum Ausdruck bringen. Wie werden noch auf die Angelegenheit zurückkommen.

**— Die Eisenbahner gegen die Wiedereinstellung mehrerer Kollegen.** In einem Erlass des Eisenbahnministers heißt es: „Besonders in letzter Zeit zeigen sich unter den Eisenbahnarbeitern und Beamten, vor allem aber in den unabhängigen Arbeiterkreisen der Eisenbahnverwaltungen vielfach Strömungen gegen die durch die Eisenbahnverwaltung eingerichteten Überwachungsstellen, denen sie die Arbeit im Hinblick zu erweichen suchen.“ Der Beamtenausschuß des Direktionsbezirks Magdeburg erklärt hierzu, daß im hiesigen Bezirk der Eisenbahnverwaltung in ihrem Kampfe gegen die Unrechtmäßigkeit ihrer keine Schwierigkeiten gemacht werden. Der Beamtenausschuß verweist auf seinen Beschluß vom 3. November v. J., in dem gesagt wird: „Alle Anträge auf Wiedereinstellung von Beamten und Hilfsbeamten, die sich des Diebstahls, einschließend des Minderabbaus, der Fehlfahrt, der Funtunterstützung und der Verschlebung schuldig gemacht haben, sind ohne weitere Behandlung zurückzuführen. Die Eisenbahndirektion soll ersucht werden, in denjenigen Fällen, in denen die Eisenbahndirektion erlaubt, eine Milderung einzutreten zu lassen, den Fall dann mit dem Beamtenausschuß zusammen zu erledigen.“ Auch die Vertretung der Arbeiterschaft ist etwa um dieselbe Zeit an die Eisenbahndirektion herangetreten mit dem Antrag, alle Arbeiter, die sich des Minderabbaus, der Funtunterstützung oder der Verschlebung schuldig gemacht haben, ohne weitere Prüfung zu entlassen.

**— Sozialdemokratischer Verein.** Für die sozialistische Jugendgruppe findet eine neue Vortragsreihe im Jugendheim, Georgenplatz 10, statt. Am Freitag erster Vortrag. Thema: Sozialismus und neue Kunst. Referent: Redakteur Müller.

**— Zum Streit um die Wehlvereuerung** schreibt uns der Magistrat: In der hiesigen Presse hat am 7. Dezember 1919 Herr Obermeister Beder von der Bäckervereinigung unter der Ueberschrift „Odermeister Beder gegen die ‚Vollstimmte‘“ eine Tabelle veröffentlicht, die er einer Fachzeitung entnommen hat und die ein Bild davon geben soll, wo die Vereuerung des lebenswichtigsten Nahrungsmittels Mehl zu suchen ist. Wir haben Herrn Beder sofort nach Erscheinen des Artikels darauf hingewiesen, daß die Zahlen dieser Tabelle für Magdeburg unzutreffend sind und dort berechneten, angeblich vom Magistrat erlassenen Zuschläge ungefähr doppelt so hoch angegeben sind, als sie sich tatsächlich stellen. Dabei ist es, da Herr Beder zweifellos die Angaben im guten Glauben veröffentlicht hat, ihm überlassen worden, die Zahlen richtigzustellen. Herr Beder hat diese Verichtigung auch zugesagt, bis jetzt aber, trotzdem seither 1 Monat verstrichen ist, nicht beauftragt. Darum weisen wir die Öffentlichkeit jetzt darauf hin, daß die Zahlen, die sich angeblich auf Berlin beziehen, zweifellos ganz verkehrt sind, indem die Wehlpreise der Reichsgesellschaft ohne Sachhand, die Wehlpreise des Magistrats aber mit Sachhand berechnet sind. Die berechneten Spannungen sind also um den Sachhandbetrag von 5 Mark zu hoch angegeben.

**— Nachforschung nach Heeresangehörigen.** W. L. A. teilt mit: Die beim Reichswehrministerium einlaufenden Gesuche um Nachforschung nach den Adressen von vermissten oder bei der Reichswehr eingetragenen Heeresangehörigen nehmen in letzter Zeit einen derartigen Umfang an, daß ihre ordnungsmäßige Bearbeitung in Frage gestellt wird. Wenn auch den Auskunftslegenden, in Sorge befindlichen Angehörigen selbstredend jede Unterstützung zuteil werden soll, so ist doch zu berücksichtigen, daß es unumgänglich ist, derartige Anfragen bei den heutigen Postverhältnissen, den strengen Truppenverschiebungen, der Unmenge einzelner Dienst- und Abwärtungsstellen und andres mehr etwa innerhalb 8 Tagen zu erledigen. Alle Erinnerungsbriefe an bereits eingelangte Schreiben sind aus diesem Grunde völlig wertlos. Oft werden Leute unter vollkommenster Angabe ihres Truppenteils gesucht, ohne daß dieser vorher befragt wurde. Dies verzögert die Auskunft nur, da auch das Reichswehrministerium zunächst nichts tun kann, als beim Truppenteil nachzuforschen. Zum mindesten muß in all diesen Anfragen Vor- und Zuname, Geburtsort und -jahr, sowie Geburtsort des Soldaten auf das genaueste angegeben sein; eingehendere Nachrichten (bes. Kennzeichen, Militärverhältnisse usw.) sind sehr erwünscht.

**— Gestohlen** wurden aus einem Hause in der Schäferstraße ein 2 Meter langer und 70 Zentimeter breiter Treppenläufer (Nosenmutter); von einem Hofe der Rühlstraße ein starker braun gestrichener Handkofferwagen; aus einer verschlossenen Bodenkammer in der Kaiserstraße und aus einer verschlossenen Wohnung der Königgräzer Straße Wäschestücke verschiedener Art; aus einem Schanklokal in der Alten Ulrichstraße eine Füllgarnitur. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurde am 6. d. M. in drei verschiedenen Fällen Frauen Geldbörschen mit nennenswertem Inhalt gestohlen.

## Magdeburger Partei-Nachrichten.

- Sozialdemokratischer Verein.**
- Bezirk Wilmshaus. Am Freitag den 8. Januar, abends 8 Uhr, Funktionstagung im „Elektrischen Funken“.
- Bezirk Sülz. Funktionstage am Freitag abend 6 Uhr in der „Schalla“ Materialausstattung.
- Bezirk Westerküsten. Am Samstag den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Soffmeister. Vortrag des Genossen Ernst Wittmann.
- Bezirk Subenburger. Am Montag den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in den Subenburger Festsälen. Vortrag des Landtagsabgeordneten Ernst Wittmann.
- Bezirk Nord. Am Montag den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitarbeiterversammlung bei Soffmeister. Vortrag des Genossen S. Weitz.
- Bezirk Sudau. Am Dienstag den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Schalla“. Vortrag des Landtagsabgeordneten E. Wittmann.

## Theater, Konzerte etc.

**Städtisches Orchester.** Der Hauptpunkt im Programm für das geliebte Volkskonzert im historischen Zyklus deutscher Meister war Franz Schuberts C-Dur-Sinfonie. Schubert ragt hier an Beethoven heran. Was er an Eigenart in diesem Werke bietet, ist eine melodische Fülle, die in der Verwendung und Ausstattung der Themen ihre höchste Bedeutung findet. Die Gruppierung der Instrumente ist originell und reizvoll nicht nur in einem Maße, sondern in der ganzen Sinfonie. Ihre Länge wirkt daher wohl niemals ermüdend, sondern der Hörer wird immer von neuem wieder in den Vorrang gedrängt. Besonders wenn die Wiedergabe in einer so hervorragend pointierten Form geboten wird wie in diesem Konzert unter Doktor Kahl's Leitung. Der Sinfonie ging die Rosamunden-Überföure Schuberts voraus, im Eingangssatz nach meinem Dafürhalten in einem zu breiten Tempo. Die Überföure zeigt Schubert als Romantiker in kristalliner Form, wurde auch vom Orchester mit jener Stimmung und Poésie vorgetragen, die direkt auf das Romantische hinweist. Im zweiten Teil des Konzerts kamen Raffini mit seiner Mischmarmelade-Überföure zu „Toll“, Oriz mit der zweiten Orchester-Suite, Programm-Musik und Humperdinck mit seiner Fänel- und -Gretel - Märchenmusik zu Gehör. Bei ihr hat Apollo beide Vaden aufgegeben, hat ihr aber doch einen gutmütig-janthen Charakter gelassen. Den Schluß bildet Offenbachs flotte Überföure zu „Drepphus in der Unterwelt“. „Im Anfang war der Rhythmus“, aber auch am Schluß, wie man sieht. Und hier nicht zu Unrecht.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Freitag: Der Barbier von Sevilla. Sonnabend: Robert und Bertram. Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr Sondervorstellung für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften: „Süßen der Gesellschaft“, abends 8 Uhr: „Renzl“.

# Provinz und Umgegend.

## Kreis Wanzleben.

**Wenddorf, 8. Januar.** (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Sonnabend den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Kofflerbiergarten Sodal statt. —

**Dobendorf, 8. Januar.** (Lanbarbeiterverband.) Am Sonntag den 11. Januar, abends 6 Uhr, findet in Dobendorf bei Gastwirt Thiel eine Bezirkslandarbeiterversammlung statt, an der alle Lanbarbeiter der Ortsgemeinden Söhlen, Wenddorf, Osterweddingen und Sülldorf der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen teilnehmen müssen. —

**Etgersleben, 8. Januar.** (Sozialdemokratischer Verein.) Am 4. Januar fand bei Rodmann eine Mitgliederversammlung statt. Die Genossen Kädel und Döbbel gaben den Mitglieder- und Massenbericht. Als Delegierter zur Bezirksversammlung nach Wanzleben wurde Genosse H. Wollmann, zum Ersatzmann Genosse E. Bethge gewählt. Neue Ortsstatuten wurden ausgegeben, diese sollen in der nächsten Versammlung zur Diskussion gestellt werden. Ueber die Altersfrage entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die nochmals Stellung zu der Frage nehmen soll. Auch in unserm Orte ist jetzt eine Einwohnerversammlung gegründet worden, in die nur organisierte Arbeiter eingestellt werden. 15 Genossen meldeten sich zum Eintritt. Die Parteiverammlung hätte besser besucht sein können. Die Arbeiterschaft darf nicht wieder einschlafen, sie muß zur Besinnung kommen, solange es noch Zeit ist. Sonst kommen die Reaktionen durch die Laueheit und Unentschiedenheit der Arbeiter wieder aus Mader. Der Feind steht rechts. Am Ort ist schon die Ueberfrage ein Beweis dafür. Die werktätige Bevölkerung muß sich daher reißlos der Sozialdemokratischen Partei anschließen und die „Vollstimme“ lesen. —

## Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

**Varleben, 8. Januar.** (Öffentliche Versammlung.) Am Sonnabend den 10. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine große Volksversammlung statt, in der Genosse Mitsch über die politische Lage sprechen wird. Die Einwohnerversammlung muß sich in dieser ersten Zeit unbedingt über das wichtige Thema genau informieren. — Diebstahl. In der Nacht vom Sonntag zum Montag bei einem Landwirt eine Kuh abgeklautet und ein Schwein und einige Kanarienvögel gestohlen. Jetzt ist es der Polizei gelungen, die Herrschaften hinter Schloß und Riegel zu bringen. —

**Radeltschen, 8. Januar.** (Schleichhandel.) Nach langer Zeit konnte jetzt endlich ein Schleichhändlernetz aufgedeckt werden. Durch die Wachsamkeit unserer Genossen konnten drei Schweine im Gewicht von ungefähr 8 Zentnern beschlagnahmt werden. — Mitgliederversammlung. Am Sonntag den 11. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Siebert eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt; um 7 Uhr ist eine Zusammenkunft der Vorstände angesetzt. —

**Varneberg, 7. Januar.** (Die Generalversammlung.) Des Sozialdemokratischen Vereins fand am Sonntag statt. Genosse Jeddice gab den Massenbericht. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige wiedergewählt, nur für den ausgeschiedenen Stellvertreter Vorstandsmitglied Genosse Rahmann und als Stellvertreter der Schriftführer Genosse Heinrich gewählt. Eine Unterstützungsliste wurde errichtet, aus der unbekanntlichen Parteigenossen eine Beihilfe geleistet werden soll. —

**Garitz, 7. Januar.** (Zusammenkunft der Kriegspoppe.) Am Sonntag den 4. Januar hielt der Reichsbund der Kriegspoppe bei Thies eine Versammlung ab. Es hatten sich so viel Kameraden zusammengefunden, daß für unsern Ort eine selbständige Zelle gegründet werden konnte, nachdem darauf hingewiesen war, daß bedeutend leichter gearbeitet werden könnte, wenn ein besonderer Vorstand vorhanden sei. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt als erster Vorsitzender Albert Heine, als zweiter Hermann Liebert, als Kassierer Franz Giele, zu Schriftführern Eduard Garzer und Willi Günther und zu Nebenvorständen Wilhelm Rothämel und Willi Böggelad. Versammlung jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal von Kamerad Thies. Durch Neuaufnahmen stieg die Mitgliederzahl auf 25. Es ist zu hoffen, daß sich alle Kriegspoppe, Kriegsteilnehmer und -hinterbliebenen dem Reichsbund anschließen werden. In nächster Zeit soll nochmals eine Werberversammlung abgehalten werden. —

**Hötensleben, 8. Januar.** (Die Landwirte) im Orte scheinen noch immer nicht den Geist der neuen Zeit begriffen zu haben. So hat der Landwirt H. einen seiner Arbeiter, der bei ihm in Kost und Logis ist, in später Abendstunde auf die Straße geworfen, weil dieser Arbeiter nach vollendeter Tagesarbeit noch Teppiche klopfen sollte. Ein Genosse nahm sich seiner an, und es wird hoffentlich dafür gesorgt werden, daß sich der Lanbarbeiterverband diesen Landwirten mal etwas näher ansieht. Die Lanbarbeiter am Orte sollten sich aber dieses Beispiel zur Lehre dienen lassen und erkennen, daß nur eine straffe Organisation bei solchen Uebergriffen der Arbeitgeber Wandel schaffen kann. —

**Hötensleben, 8. Januar.** (Wom Schöffengericht) wurden verurteilt: der Vergarbeiter J. aus Varneberg wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis, und die Vorstandsmitglieder des Vereins Eintracht zu Waderleben zu je 3 Mark Geldstrafe, weil sie ohne polizeiliche Genehmigung eine Tanzlokalität veranstaltet hatten. — Beim Standesamt wurden im Jahre 1919 106 Geburten und 68 Sterbefälle angemeldet und 95 Ehen geschlossen. —

**Mariensborn, 8. Januar.** (Der Treibriemen diebstahl) in der Mühle zwischen Meringersleben und Mariensborn fand schnelle Aufklärung. Bei der Revision des nach Magdeburg fahrenden Zuges wurden in Neuhaldensleben drei Magdeburger gefaßt, die den gestohlenen 15½ Meter langen und 20 Zentimeter breiten Treibriemen mit sich führten. —

**Wilsdorf, 8. Januar.** (Bildungsabend.) Am Sonntag den 13. Januar veranstaltete der Bildungsausschuß einen Bildungsabend. Von einer Berliner Theater-Gesellschaft wird das Stück Die im Schatten leben aufgeführt werden. Die Arbeiterorganisationen von Wilsdorf und Umgegend fordern zur Unterstützung und zum Besuch dieser Veranstaltung auf. — Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonntag den 11. Januar im Vereinslokal „Friedensruhe“ ein Vergnügen ab. Nur Mitglieder der Partei haben Zutritt. —

## Kreis Jerichow 1 und 2.

**Burg, 8. Januar.** (Der wütende Schieber.) Im Juli vorigen Jahres fuhr der Koffschlächter Selmer Schmieß zwei Körbe voll Fleisch zum Bahnhof, um sie zu verschicken. Unterwegs wurde er aber von einem Polizeibeamten angehalten, der das Fleisch beschlagnahmte. Darüber geriet der Schlächter so in Wut, daß er den Beamten mit Schimpfwörtern traktierte und gegen ihn eine drohende Haltung annahm, so daß sich der Polizeibeamte genötigt sah, zur Schutzwaffe zu greifen. Schmieß, der schon zahlreiche Vorstrafen, darunter auch Zuchthaus, aufzuweisen hat, wurde mit Rücksicht darauf zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten und einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt. —

**Burg, 8. Januar.** (Mit außerordentlicher Frechheit) ging am letzten Sonntag ein junger Mensch vor. Am hellen Tage, in den Vormittagsstunden, nahm er zwei Knaben im Alter von 4 und 7 Jahren das eben vom Bäcker geholte Brot weg und

suchte damit das Weite. Erwachsene Augenzeugen dieses unerhörten Vorfalls nahmen die Verfolgung zu Fuß und mit dem Fahrrad auf. Die Jagd ging durch die Kolonie entlang, dem Bürgerholz zu, wo es dem Täter gelang, in dem Walde zu entkommen. Er ist dann quer durch den Wald gelaufen und glaubte wohl schon geborgen zu sein, als er auf der Berliner Chaussee den ihn verfolgenden Radfahrern in die Arme lief. Diese stellten ihn, nahmen ihm das Brot wieder ab und verabreichten ihm eine gebührende Tracht Prügel. — **Wollschule.** Unsere Genossen seien nochmals darauf hingewiesen, daß die Einreichungsliste für die zweite Vortragsreihe nur noch bis 12. Januar an den bekannten Stellen ausliegen. Die Genossen Gebhardt, Kabeitz und Rusie lesen in dieser Vortragsreihe ebenfalls, womit einem Wunsche unserer Genossen Rechnung getragen wird, die einzige, vor allem die Arbeiterschaft, interessierende Themen hören wollen. HOFFENTLICH gehen sie sich nun für diese Vorträge zahlreich ein, damit erkennbar wird, daß auch wirklich Interesse für solche Fragen vorhanden ist. Gerade für die Weiterbildung der Arbeiterschaft ist doch hauptsächlich die Volkshochschule ins Leben gerufen worden. —

**Dannigow, 8. Januar.** (Das Fuhrwerk verlaufen) wollte der Knecht Hermann R. Er bemühte den Auftrag seines Arbeitgebers, Dünger abzuführen, dazu, mit dem Fuhrwerk zu verschwinden. Mit Hilfe des Arbeiters Karl B. verfuhr er das Gespann an den Mann zu bringen. Hierbei konnte die Verhaftung der beiden erfolgen. Der Knecht erhielt für seinen Vertrauensbruch 9 Monate Gefängnis, sein Mitarbeiter wegen Begünstigung 6 Monate. —

**Genstlin, 8. Januar.** (Ein Opfer der Luftschiffahrt.) Bei der Sturmfahrt des Luftschiffes „Wodensee“ am 2. November fand der Werkzeigmacher Stüwe aus Staaten einen schrecklichen Tod. Der Unglückliche wurde am Halbfuß mit in die Höhe gerissen und daran hängend bis in die Abenddämmerung mitgeschleppt, wo er abstarb und später im Walde von Holzgärtnern tot aufgefunden wurde. Durch Fahrkarte und Einzahlung zum Beipfand wurde festgestellt, daß es sich um den seit der Fahrt spurlos verschwundenen Mitfahrer handelte. —

**Genstlin, 7. Januar.** (Jeden Monat) erscheint seit November vorigen Jahres im Kreise Jerichow 2 ein Blättchen „Jerichower Rundschau“ betitelt. Herausgeber ist der Deutschnationalen Volksverein für den Kreis Jerichow 2, verantwortlicher Schriftleiter Herr Hans Kamp, der Sekretär der Deutschnationalen Volkspartei für diesen Kreis. Man muß sagen, sie lassen es sich was kosten, die Herren Deutschnationalen, denn dies Blättchen wird den Kreisangehörigen monatlich einmal kostenlos zugestellt. In einem „Zum Weck“ überschriebenen Artikel kommen die deutschnationalen Scherzen zum Ausdruck, deren höchster Grad erreicht wird in dem Satz: „Nun sehen wir vor der Tatsache, daß das Reich in Schmach unterging, es ist eine Krone verloren. ...“ Aber der „Gottesgnadenschein“ mag sich trösten, sie, die die „Jerichower Rundschau“ erscheinen lassen, wollen die Krone wieder heben (vielleicht aus der Höhe?) und das Reich wiedergewinnen in germanischem Zuchtkampf. Ja, die „Jerichower Rundschau“ soll sogar beitragen zur Lösung dieser Aufgabe! Aber sie erfüllt neben dieser Aufgabe auch noch andere, u. a. Stellung „gegen die jetzige Regierung der Churnacht und Unfähigkeit zu nehmen“. In einem „Vergessen“ überschriebenen Artikel wird ein großes Gemurmel erhoben, daß es möglich war, Leute wie Hindenburg, Ludendorff usw. vor den Untersuchungsansuchen zu stellen; es höhnt dann über den Sattlergehilfen Fritz Gert, dem selbstverständlich eine Eintragskompanie gestellt wurde, die man dem „Nationalhelden“ Hindenburg verweigere. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Volk eines Tages erwachen möge. Es ist noch nicht vergessen, wer die Schuldigen an diesem Kriege sind. Auch wir hoffen, daß bald der Tag des Erwachens kommt, der mit den deutschnationalen Volkverderbern endgültig aufräumt. —

**Wilsdorf, 8. Januar.** (Durch Leichtsin) den Tod gefunden hat am Sonntag nachmittag ein junger Biegeleiarbeiter. Er ging aus unbekanntem Grund von der Schulischen Biegelei über die Alte Elbe in der Richtung nach Eldemau zu, kam aber nicht weit, denn die dünne Eisdicke brach und der Leichtsinnte verfiel in den kalten Fluten. Hilfe konnte ihm nicht gebracht werden. Die Leiche wurde am Abend geborgen. —

## Kreis Queblinburg-Wischerleben-Kalbe.

**Barth, 8. Januar.** (Folgen der Kartoffelknappheit.) Auch hier werden die Kartoffelmieten von Unbefugten stark heimgelacht. Kürzlich trat ein Wachposten nachts den Dieben entgegen, wurde aber von diesen überwältigt und mißhandelt. —

**Kochstedt, 8. Januar.** (Agrarier und Prieger-tive.) Ein ebenso bedauerlicher wie bezeichnender Vorfall ereignete sich in den letzten Tagen. Eine Ackerwirtin, deren Mann von seinem 14. Jahre bis zum Krieg im Dienste des Amtsrats Michaels (Schneidlingen) stand, erhielt durch Vermittlung der Wohnungskommission eine Unterkunft in einem dem Amtsrat gehörigen Hause in Kochstedt. Für diese Wohnung muß die Frau 168 Mark Miete zahlen. Obgleich dieser Preis nach den heutigen Verhältnissen ja nicht allzuhoch ist, fällt es der Witwe doch schwer, 18 Mark monatlich für Miete sich abzurufen! Auf ihr Ersuchen wurde das Wohnungskommissionsmitglied, Genosse W h r e m b e d, beim Amtsrat vorstellig. Raum hatte W h r e m b e d den Grund seines Kommens gesagt, als der Herr Amtsrat sagte: „Mit Ihnen habe ich überhaupt nichts abzumachen; ich verhandle nur mit dem Bürgermeister! Und wenn 168 Mark der Frau zuviel sind, dann hätte sie ja nur ein Wort zu sagen brauchen!“ Dem Herrn Amtsrat ist es also einleuchtend, daß die Witwe seines Arbeiters sich in Not befindet; aber er gefüllt sich anscheinend darin, auf Bitten und Wehnen und Klagen hin den Großwichtigen zu spielen! So sieht der Dank des Vaterlandes von konterbäuerlicher Seite aus. Die Arbeiterschaft muß gegen solche Agrarier, die kein soziales Empfinden haben, einig und geschlossen aufzutreten. —

**Queblinburg, 8. Januar.** (Ungetreue Hausange-stellte.) Ein Mädchen, das bei einer Dentistin eine Aufwartende hatte, stahl eine Anzahl Kleidungs- und Wäschestücke und andre Sachen im Werte von 450 Mark. Der größte Teil des Diebstahls konnte von der Polizei wieder herbeigeführt werden. — Einem Schmiedler fiel ein Hufeisen in die Hände. Ein angeblicher Reisender kassierte von ihm Geld für gelieferte Kolonialwaren und Rognal ein, ohne dazu berechtigt zu sein. Der erschwindelte Betrag beläuft sich auf 2728 Mark. Der Aufenthalt des Reisenden ist unbekannt. —

**Schönebeck, 8. Januar.** (Benzoldiebstahl.) Auf dem Ladefabrikgrundstück von Knopf & Frießede wurden nachts vier Kannen mit Benzol entwendet. Die Diebe konnten ermittelt und verhaftet werden. —

**Stahlfurt, 8. Januar.** (Stadtverordnetenversammlung.) Die beiden neuen Stadträte Weidmann und Lehmann werden eingeführt und verpflichtet. — Die vorgenommenen Wahlen ergeben in allen Fällen Einstimmigkeit, als Vorsitzender Müller (Wiederwahl), als 1. Stellvertreter (für den zum Stadtrat gewählten Lehmann) Bergerat Horn, als 2. Stellvertreter Genosse W a l t e, als Schriftführer 1. und 2. Stellvertreter Dünker, Wischeropp und Joseph (alle drei Wiederwahl). In den Ortsausschuß für Jugendpflege wird Genosse K r u m gewählt. Für drei Armenbegünstigter, die ihr Amt niedergelegt bzw. die in der letzten Sitzung auf sie gefallenen Wahlen nicht angenommen haben, werden gewählt im 2. Bezirk Direktor Brudmann, im 4. Bezirk Frau Schmah, im 5. Bezirk Frau Bander. In die Kommunalisierungs-Kommission werden gewählt aus der sozialdemokratischen Fraktion Groppe, Heinge, Joseph, Krumm, Frau Timpe, Wilhelm; aus der bürgerlichen Fraktion Daniel, Grupe, Wetter. —

Aus der Reihe der kleineren Anfragen sei hervorgehoben die Anfrage vom Genossen Joseph, ob in der Tat, wie die eingereichte Rechnung, die jetzt in der Vergütung liegt, vermühen

läßt, am 8. November 18 Offiziere und 80 Mann zum persönlichen Schutz des Oberbergrais Ziesvogel für 1 Tag im Hotel Gluckhof einquartiert gewesen sind. Der Erste Bürgermeister erklärt sich zur Verantwortung in der nächsten Sitzung bereit, bittet aber, sich nicht zu beunruhigen, da die Sache wahrscheinlich eine harmlose Erklärung finden werde. Weiter wird auf Anfrage mitgeteilt, daß das große Defizit im Lebensmittelland, das ungeheuer aufgebauht gewesen und vom Regierungsbaumwister Müller auf möglicherweise 500 000 Mark besetzt worden war, fast ganz ausgeglichen und „buchmäßig“ sich nur auf rund 6800 Mark belaufe, was in der Hauptsache davon herrühre, daß von der Provinzialstelle Kälberfleisch zu einem Preise geliefert worden ist, der hier nicht herausgeholt gewesen ist. Der vorzeitige Einlauf an Speck habe den an der Seite „buchmäßig“ erlittenen Schaden zum Teil wieder ausgeglichen. Wenn damals die bürgerlichen Sachverständigen nicht auf den Verlauf der Dinge zu einem herabgesetzten Preise gedungen hätten, könnten sie jetzt noch mit Nutzen verkauft werden. Die ganze Rechnung soll nochmals durch die Kommission von damals geprüft werden, wobei an Stelle des zum Stadtrat gewählten Rectors Lehmann Herr Daniel tritt. —

Der Erste Bürgermeister beantwortet eine von der Genossin Timpe in voriger Sitzung gestellte Frage dahin, daß die Firma Vermede in Stahfurt und Ueberburg eine landwirtschaftlich benutzte Fläche von rund 8008 Morgen besitzt; davon gibt sie 984 Morgen zu Kartoffelland und 222 Morgen zu Gersteland ab, die Gerste geht aber in vielen Fällen aus der Stadt heraus und es ist die Frage, ob zu solchen Zwecken Bestenader abgegeben werden soll. Wird hingegen abgetrieben, was die rigten Arbeiter der Firma erhalten und was sie sonst verpacket, so trägt das zusammen 1800 Morgen, also rund die Hälfte des Bestandes in Stahfurt und Ueberburg aus. (Von dem Besten in den andern Orten ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede. D. B.) Für Frau Timpe war dies keine genügende Antwort auf die gestellte Frage, da sie zu erfahren gewünscht hatte, wieviel von dem der Stadt gehörigen Acker die Firma in Nacht hat und welchen Pachtpreis sie dafür zahlt. Die Antwort auf diese Frage wird in der nächsten Sitzung erfolgen. —

Der Ratspräsident mit dem Stadtbaurat findet dadurch seine Beilegung, daß Genosse Heinge erklärt, er habe die Meinung der Arbeiter, soweit er sie kennen, wiedergegeben, habe aber nicht im Auftrag der Fraktion gesprochen. — Eine Ackerparzelle hinter dem Gymnasium wird am Herrn Erdmann auf die Dauer eines Jahres für 75 Mark verpachtet. — Der Krankenkassentarif für 1920 wird festgesetzt auf 12 Mark für die erste, 8 Mark für die zweite und 4,50 Mark für die dritte Klasse, die Nebenkosten sind besonders zu bezahlen. Für Auswärts- und Kinder wird der Tarif entsprechend festgesetzt. Das Gehalt des Chefarztes Doktor Kemmer, das bisher (noch von 1910 her) 8500 Mark betragen hat, wird auf 6000 Mark und 1800 Mark Lehrlingszulage erhöht; hierin ist einbezogen die Vergütung für den bei Operationen assistierenden Arz, den Herr Kemmer sich selbst annimmt. Mit diesem Rechte des Herrn Kemmer ist die hiesige Arztgesellschaft nicht einverstanden und Herr Dr. Geiß trat als ihr Anwalt auf. Die Versammlung sah jedoch keine Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern, da der Vertrag mit Herrn Kemmer so lautet und noch nicht abgelassen ist. — Ein zweiter Nachtrag zur Satzung der städtischen Sparkasse, der sich auf die Ausdehnung der Kasse auf den Schied- und Witzroberkehr bezieht, ebenso auch die früher schon beschlossene Errichtung von zwei Annahmestellen bei Kaufmann Schwente und Lotterkollektor Hoffmann entfällt, wird genehmigt. — Die Vollziehung der ebenfalls schon früher festgesetzten Grundbesitzsteuerordnung wird beschlossen. In den Sachverständigenausschuß zur Vorberatung über die Festsetzung einer Höchsthöhe für Mietsteigerungen werden als Vermieter die Herren Kasse, Daniel, Grupe, Moses, Schach und als Mieter die Herren Groppe, Krumm, Uffong, Naß und Wetter gewählt. Als Vertreter im Mieteregulierungsamt werden gewählt aus dem Kreise der Vermieter die Herren Joseph, Gerdang, Nische, Müller, Schneider, und aus dem Kreise der Mieter die Herren Gebre, Israel, Kemmich, Traupe, Schumann. —

Der Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe für städtische Angestellte wird zugestimmt. Sie wird gezahlt an alle Angestellten, die seit dem 1. Juli 1919 in städtischen Diensten stehen mit Ausnahme der Lehrlinge und des Maschinenführers, bei dem wegen des hohen Lohnes die Voraussetzungen nicht vorliegen. Sie beträgt 75 Prozent der staatlichen Beschaffungsbeihilfe und wird in zwei Raten gezahlt; die erste sofort, die zweite nach der am 8. Januar dieserhalb stattfindenden Tagung der Städte in Magdeburg, jedenfalls noch im Januar. Die Aufwendungen für die Beihilfe werden sich auf über 20 000 Mark belaufen. Zu der Magdeburger Tagung entsendet der Magistrat seine Mitglieder Dr. Berger, Seipel und Welflog; die Stadtverordnetenversammlung ihr Mitglied Wischeropp. Das neue Wasserwerkreglement mit Tarif wird genehmigt. Danach stellt sich das Kubikmeter Trinkwasser im Haushalt auf 28 Pf. — Die Nummernliste wird geteilt werden insofern, als die Sparkasse von ihr abtrennt und nach den Räumen der Polizei verlegt wird, die ihrerseits in das Schulgebäude übersteht. Die Sparkasse wird den Bankverkehr mehr als bisher pflegen, insbesondere auch die gefällig vorgeschriebene Aufbewahrung von Wertpapieren betreiben. Dazu ist die Anstellung eines weiteren Assistenten notwendig, der zugestimmt wird. Von Wertpapieren sind bereits über eine halbe Million deponiert; an Gebühr werden für das Laufen nur 50 Pf. erhoben. —

Zur Befreiung der plötzlich eingetretenen Arbeitslosigkeit werden 10 000 Mark bewilligt. Zunächst soll der älteste Teil des Friedhofs zur Aufnahme neuer Gräber hergerichtet werden. — Die Abgabe verbilligter Auslandslebensmittel wird weiter auf ein halbes Jahr bewilligt. In den vergangenen vier Monaten sind dafür 8003 Mark aufgewendet worden. In der nichtöffentlichen Sitzung wird für einen Lehrer, der in eine bedrängte Lage geraten ist, eine Unterstützung von 150 Mark bewilligt, nachdem der Staat auch 100 Mark gegeben hat. Das Unterstützungsgehalt eines Polizeibeamten wird abgelehnt, weil das Vorliegen einer besonderen Bedürftigkeit nicht anerkannt werden kann. —

## Kreis Stendal-Osterburg.

**Stendal, 8. Januar.** (Fleischschneidungen) sind jetzt an der Tagesordnung. Auf dem Bahnhof wurde vier verschiedenen Personen Kalb- und Schweinefleisch im Gesamtgewicht von 8 Zentnern abgenommen, das nach Berlin und Magdeburg verschoben werden sollte. —

## Kreis Salzwedel-Garbelegen.

**Garbelegen, 8. Januar.** (Mehldiebe) zwei Männer und zwei Frauen stalteten der Dampfmaschine nachts einen Besuch ab und nahmen 4 Zentner Weizenmehl mit. Der Diebstahl war wohl vorbereitet, eine der Diebinnen, die am Abend noch in der Mühle gearbeitet hatte, ließ im Keller ein Fenster unverschlossen und erleichterte dadurch den Einbruch. Als sie die Beute in Sicherheit bringen wollten, wurde die Gesellschaft im Garten der Mühle überrascht; eine der Frauen konnte gefaßt werden. Die andern Beteiligten räumten am nächsten Tage den Diebstahl ein. —

**Salzwedel, 8. Januar.** (Die Leichtsinigen Bureaugehilfen) die im November eine Quittung der Stadthauptkasse fälschten und darauf bei der Distriktskommission 8000 Mark abheben wollten, erhielten für diesen Streich von der Stendaler Strafkammer jeder 4 Monate Gefängnis. Der Betrag wurde seinerzeit durch den Bankassistenten bereitgestellt, der die Fälschung rechtzeitig bemerkte. —

**Witzrober, 8. Januar.** (Die Fleischnot) hat eine rege Nachfrage nach — Hundfleisch hervorgerufen. Deshalb sind Diebstähle von Schlachthunden an der Tagesordnung. So wurden einem Landwirt drei und einem Schafweiber ein Hund entwendet. Der Dieb konnte trotz aller Nachforschungen nicht ermittelt werden. —

**Kleine Chronik.**

Die **Freiwilligen Stadtpolizei**. Die Wilmersdorfer Stadtpolizei...

Der **Mädchenmord in Ludwigshafen**. Vor dem Kriegsgericht der marokkanischen Division in Soudan...

Ein **Entführung**. Wegen Entführung einer Minderjährigen waren sieben junge Leute, ehemalige Angehörige der republikanischen Soldatenwehr...

Ein **Leppichdiebstahl**. Aus den Geschäftsräumen der Leppichhandlung Felix Wetzelheim, Leipziger Straße 87 in Berlin...

amphigen fordrte im Hinterzimmer Scheil mit einem Kameraden seine noch im Jagdloze stehende Braut unter Vorhalt eines Revolvers...

Ein **Handgranatenanschlag**. Dienstag nacht 12 1/2 Uhr wurde, wie aus Anna gemeldet wird, gegen den „Hellsinger und Woten“ ein Handgranatenanschlag verübt...

Ein **Leppichdiebstahl**. Aus den Geschäftsräumen der Leppichhandlung Felix Wetzelheim, Leipziger Straße 87 in Berlin...

Aus dem **vierten Staufwerk** gesprungen. Ein aufregender Auftritt ereignete sich im Hofe Staufwerk 24a in Berlin...

ist der größte Teil der Häuser zerstört. Auch andere Orte haben mehr oder weniger schwer gelitten...

**Bereits-Kalender.**

Wird nur gegen Vorbestellung, die Seite 30 Pfg. aufgenommen. Deutscher Tabakarbeiter-Verband...

**Wasserstände.**

Table with columns: Ort, Höhe, Datum. Lists water levels for various locations like Parubitz, Brandeburg, etc.

**Wettervorhersage.**

Freitag den 9. Januar: Unruhig, wolfig, milder, zeitweise Regen. (Schluß des redaktionellen Teils.)

**Alta Nielsen in „Rausch“ von Strindberg**

Am Freitag dieser Woche in Magdeburg in den Kammern...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg. Geschäftsstelle: Große Marktstraße 3...

Friedensqualitäten in Mantel, Kostüm, Anzug, Futter- und Zeitbahnstoffen empfiehlt Rudolf Fass, Bismarckstr. 48, I.

Royal-Luxur-Prüfung. verächtlich Leinwand. Große Auswahl an Leinwand...

Dankfagung. Dankfagung. Dankfagung. Dankfagung. Dankfagung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg. Bureau: Große Storchstraße 7...

Entferne Tätowierungen und Warzen. (kein Stechen, kein Schneiden, werden unschädlich beseitigt.)

Bifurkationen. Bifurkationen. Bifurkationen. Bifurkationen. Bifurkationen.

200 Mark Belohnung. 200 Mark Belohnung. 200 Mark Belohnung. 200 Mark Belohnung.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsverwaltung Scherbert. Am Sonntag, 11. Januar, nachmitt. 3 Uhr...

Bekanntmachung. Aufolge Änderung der Ortsliste und Preise für die Sachleistungen...

Fernglas. Fernglas. Fernglas. Fernglas. Fernglas.

Richard Heuer. Richard Heuer. Richard Heuer. Richard Heuer. Richard Heuer.

Eine Lehrlings-Versammlung. Eine Lehrlings-Versammlung. Eine Lehrlings-Versammlung. Eine Lehrlings-Versammlung.

Barleben. Barleben. Barleben. Barleben. Barleben.

Umzüge. Umzüge. Umzüge. Umzüge. Umzüge.

Mädchen. Mädchen. Mädchen. Mädchen. Mädchen.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsverwaltung Scherbert. Am Sonntag, 11. Januar, nachmitt. 3 Uhr...

Deutl. Volksversammlung. Deutl. Volksversammlung. Deutl. Volksversammlung. Deutl. Volksversammlung.

Freiwilliger Inventar. Freiwilliger Inventar. Freiwilliger Inventar. Freiwilliger Inventar.

Witwe Wilhelmine Lorenz. Witwe Wilhelmine Lorenz. Witwe Wilhelmine Lorenz. Witwe Wilhelmine Lorenz.